Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 346.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an

Freitag, 19. Mai

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Die Drei-Kaiser-Politik.

Die „Provinzial-Korr." bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer einen Artikel unter der Ueberschrift „Nach den Konferenzen", dessen Friedensversicherungen der Telegraph bereits verbreitet hat. (Vgl. unser Abendblatt vom Mittwoch.) Ueber die Art der Vereinbarungen zwischen den drei Kabinetten giebt das offiziöse Organ keine näheren Aufschlüsse, sondern wiederholt nur Bekanntes, die allgemeine Versicherung beifügend, „daß die neue Zusammenkunft dem europäischen Frieden neue Bürgschaften gebracht hat, und daß auch die orientalische Frage, so schwierig und verwickelt sie ist und so drohend sie jeder Zeit für die Beziehungen der Großmächte erschien, Dank der entschiedenen Friedensgemeinschaft, welche jetzt inmitten Europa's aufgerichtet ist, den allgemeinen Frieden nicht stören soll."

Das Verdienst an diesem befriedigenden Ergebniß der berliner Konferenzen schreibt das halbamtliche Blatt hauptsächlich dem Verhalten des russischen Kaisers zu und knüpft daran eine Rechtfertigung oder besser eine Verherrlichung des Drei-Kaiserbundes, indem es sich über das Wesen und die Erfolge desselben verbreitet. Wir lassen diese Stelle hier wörtlich folgen:

Kaiser Alexander hat bald nach seiner Ankunft unter Hinweis auf die vereinigte Kraft der drei Kaiserreiche seinen festen Willen von Neuem bekundet, an dieser Grundlage einer mächtigen Friedenspolitik festzuhalten, und dieser von den anderen Mächten mit gleicher Entschiedenheit getheilte und bethätigte Willen hat die großen Schwierigkeiten der augenblicklich schwebenden Fragen durch williges, bundesfreundliches Entgegenkommen überwinden lassen.

Als der friedliche Bund der drei Kaiser zuerst geschlossen wurde, da wurde wohl von manchen Seiten darüber gespottet, daß der Gemeinschaft jede Unterlage eines bestimmt bindenden Abkommens und Vertrages fehle; — man glaubte, das Kaiserbündniß als eine zwar wohlgemeinte, aber des positiven Inhalts entbehrende politische Regung von flüchtiger Bedeutung darstellen zu dürfen. Inzwischen hat sich die Kraft des Friedensbündnisses gerade dadurch von Jahr zu Jahr wirksamer bewährt, daß es eben nicht ein Bündniß zu bestimmten besonderen Zwecken, sondern ein Bund aufrichtigen gemeinsamen Strebens für den Frieden überhaupt ist, ein Bund zu jedesmaliger vertraulicher Verständigung über die Interessen des europäischen Friedens. Während aber Bündnisse, die zu bestimmten Sonderzwecken geschlossen werden, nach Erreichung derselben zumeist auseinanderfallen und oft gerade entgegengesetzten Verbindungen Platz machen, — entspricht es dem Wesen des jetzigen Friedensbundes, daß derselbe durch jeden gemeinsamen Erfolg nur noch fester und vertrauensvoller verknüpft wird.

In der That hat jedes Jahr der Drei-Kaiser-Politik und jede neue Zusammenkunft der Träger derselben das Bewußtsein von ihrer segensreichen Bedeutung nicht nur für die eigenen Staaten, sondern für ganz Europa neu gestärkt und gehoben, und in diesem Sinne wird ganz besonders dem jüngsten Besuche des Kaisers Alexander in Berlin und den mit demselben verknüpften Konferenzen eine hohe Bedeutung für die friedliche Entwickelung Europas beizumessen sein.

Ein berliner Korrespondent will aus guter diplomatischer Quelle über das Gortschakoff'sche Memorandum, welches den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens und ihren Regierungen übermittelt wurde, Folgendes erfahren haben:

Das russische Memorandum zerfällt in zwei geistig von einander geschiedene Theile. Der erste Theil behandelt lediglich die Entschließungen, welche auf das Pazifikationswerk und die Reformen für die christlichen Unterthanen des Sultans Bezug haben. Der zweite Theil dagegen befaßt sich mit der allgemeinen Lage, welche dem christlich-abendländischen Elemente im ottomanischen Reich durch die neuesten Ereignisse, namentlich durch die Vorfälle in Salonichi bereitet worden ist. Dieser zweite Theil, gerade seiner allgemeineren Bedeutung wegen, gilt als das Hauptergebniß der gesammten Berathungen und kulminirt in dem Vorschlage, gesonderte Flottenabtheilungen aller Traktatsmächte, sei es direkt nach Salonichi, sei es nach den vom Archipelagus bespülten Küsten zu entsenden, welche vorkommenden Falles auf Requisition der Konsuln nach etwa bedrohten Punkten abgehen sollten. — Was den ersten Theil des Memorandums anbetrifft, so begnügt er sich, zunächst eine achtwöchentliche Waffenruhe zwischen Pforte und Insurgenten entschieden anzurathen. Er geht insofern über die Bestimmungen der Andrassy'schen Reformnote vom 30. Dezember 1875 hinaus, als er die nachträglich von den Insurgenten aufgestellten Forderungen prinzipiell — ohne sich in diesem Aktenstück zunächst auf eine Befürwortung ihres Details einzulassen — als geeignetes Material für die anzubahnende Verständigung während des Waffenstillstandes empfiehlt. In diesem ersten Theil wird ferner konstatirt, daß Rußland nunmehr als aktionführende Macht in den Vordergrund tritt und als solche namentlich die Frage der Garantien aller gewährten Reformen gelöst zu sehen beantragt.

Was den Ministerwechsel in Konstantinopel angeht, so hat derselbe die Aussichten der Friedensstiftung, wie sie in der Konferenz obgewaltet haben, offenbar nicht erschüttert. Die leitenden Staatsmänner müssen also doch wohl angenommen haben, daß Mehemed Ruschdi Pascha der an die Pforte zu richtenden Aufforderung entsprechen werde. Was den Kriegsminister Hussein Avni angeht, so wird noch daran erinnert, daß er als Großvezir in Uebereinstimmung mit der deutschen Politik gegen die Hassunisten gewirkt habe.

Von mehreren Seiten ist auf den Umstand hingewiesen worden, daß zu den Konferenzen der drei Minister der türkische Botschafter nicht zugezogen und ihm nicht einmal nachträglich von dem Ergebniß offizielle Mittheilungen gemacht worden sind. Wir sehen in diesem Umstande nichts Auffälliges, da es sich ja um Schritte handelt, über welche Vereinbarungen gegenüber der Pforte vorausgehen müssen. Auffälliger wäre es, wenn der türkische Botschafter in Berlin, wie der „Köln. Ztg." gemeldet wird, Dergleichen angestrebt hätte. Der Korrespondent des Blattes fügt hierzu einige thatsächliche Angaben, von denen wir nicht wissen können, ob sie verbürgt sind, aber als Gerüchte uns mittheilenswerth erscheinen. Er schreibt:

Die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens wurden wenigstens hinterher in das Vertrauen gezogen. Sie wurden jeder einzeln auf 1 Uhr am Sonnabend eingeladen in das auswärtige Amt und trafen dort zusammen. Als eine eigentliche Zusammenkunft kann man das Beisammensein der Vertreter der sechs Großmächte also kaum auffassen. Sie waren natürlich ohne Weisungen für den vorliegenden Fall. Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens hörten an, was man ihnen zu sagen hatte, und versprachen, die Mittheilung ihren Höfen zu übermachen. Die in Berlin anwesenden Kaiser von Deutschland und Rußland hatten über das Ergebniß der Konferenz schon am Freitag Abend ihre Billigung ausgesprochen, und Graf Andrassy war im Stande, seine Ueberzeugung kundzugeben, daß auch Kaiser Franz Joseph einverstanden sein werde. Man glaubt auch, daß die drei anderen Mächte keinen Widerspruch erheben werden. Wird aber auch die Türkei sich fügen? Sie ist in Berlin nicht zu Worte gekommen; denn als Edhem Pascha, der neue Botschafter, sich beim Reichskanzler und bei dessen Staatssekretär anmelden ließ, so hatten sie nicht Zeit, ihn zu empfangen. Es leidet keinen Zweifel, daß die Türkei jetzt von den europäischen Mächten nicht mit günstigen Augen angesehen wird, und aus guten Gründen. Dazu ist nun noch der Ministerwechsel gekommen, über dessen Bedeutung man streiten kann, der aber keinenfalls einen Sieg Rußland bedeutet, da der gestürzte Mahmud Pascha ein gefügiges Werkzeug Ignatieff's war. Der bisherige türkische Botschafter in Berlin, Aristarchi Bey, ist abberufen worden. Er pflegte Willfährigkeit gegen die drei Mächte zu empfehlen. Der unfähige Abdul Aziz hatte sich aber in den Kopf gesetzt, Rußland und Oesterreich wären so zu sagen die Erbfeinde der Türkei (was zu sein, beiläufig bemerkt, Oesterreich längst aufgehört hat); Deutschland dagegen habe keine Ursache, der Türkei Uebles zu wünschen, und so müsse es seinem Vertreter in Berlin bei einiger Geschicklichkeit gelingen, Deutschland zu gewinnen und mit England zu verbünden zum Schutze der Türkei. Aristarchi Bey, der wohl wußte, daß sowohl beim Kaiser Wilhelm als beim Fürsten Bismarck die Freundschaft mit Rußland den Grundstein ihrer Politik bildet, erhob Einspruch gegen jenen naiven Gedankengang des Sultans und verdarb es dadurch in Konstantinopel. Sein Nachfolger, Edhem Pascha, ist zwar vom vorigen Ministertum gesandt, hat aber jetzt ein neues zu vertreten, dessen Politik noch unbekannt ist.

Bekanntlich wurde zu den berliner Konferenzen auch der in den Unterhandlungen mit den Insurgenten mehrfach genannte Herr Gabriel Wesselitzki berufen, über dessen Thätigkeit in der orientalischen Frage der „Kreuzztg." von „wohlunterrichteter Seite" nähere Mittheilungen zugehen. Dieselbe schreibt darüber aus Berlin unterm 17. d. M.

Herr Gabriel Wesselitzki, welcher am 13. d. M. von Wien hier angekommen ist, beabsichtigt heut oder morgen sich von Berlin wieder nach Ragusa zu begeben, wo er, gewissermaßen unter dem Schutze der österreichischen und keineswegs gegen den Willen der türkischen Behörden, so zu sagen der Zentralpunkt für alle Unterstützungen ist, welche den über die Grenze geflohenen herzegowinischen und bosnischen Insurgenten von unbetheiligter Seite zufließen. Diese philantropische Stellung ist der erste Grund geworden für die Gerüchte, welche Herrn Wesselitzki bald als Vertreter der Insurgenten, bald als Agenten Rußlands auftreten ließen. Von Geburt ein Unterthan des letzteren Landes (er ist unweit Petersburg 1841 geboren, war vor etwa 17 Jahren kaiserlicher Garde-Offizier, hat auf mehreren Universitäten u. A. Heidelberg studirt und spricht fließend französisch, englisch, deutsch, arabisch und mehrere slawische Sprachen), ziehen Interesse wie Familienverbindungen ihn weit mehr zur Herzegowina, für die er — obgleich Jahre lang auf Reisen im Oriente oder in West-Europa, meist Paris, lebend — seit Jahresfrist Humanitäts-Bestrebungen in reichem Maße entwickelt hat. Er war der Erste, welcher, den Jammer, Mangel und die Leiden der vor den türkischen Behörden Flüchtigen erkennend, Sammlungen für dieselben begründete und anregte und durch öffentliche Darlegungen in der französischen, englischen und russischen Presse das Interesse für diese Sammlungen wach erhielt. Als dasselbe zu erlahmen begann, begab Herr Wesselitzki sich im Monate Januar d. J. nach Moskau und Petersburg, welche Städte derselbe seit anderthalb Jahrzehnten nicht gesehen, in denen jedoch die Erwähnung seiner Person in diplomatischen Berichten ihm und seinen Bestrebungen vorgearbeitet hatte. In letzterer Hauptstadt, in welcher Herr Wesselitzki wie in Moskau durch öffentliche Vorträge das Interesse für Bosnien und die Herzegowina neu angeregt hatte, wurde derselbe durch seine gesellschaftlichen Beziehungen mit dem Fürsten Gortschakow bekannt, welcher, wie früher schon Graf Andrassy es sich angelegen sein ließ, über die von der Ferne aus besonders schwer zu beurtheilenden lokalen Verhältnisse Bosniens, der Herzegowina, Montenegros u. s. w. von einem sichtlich gut unterrichteten, überdies bereits durch die Konsularberichte indirekt empfohlenen Manne sich genaue Aufklärung geben zu lassen.

Die Andrassy'schen Reformprojekte boten dem russischen Reichskanzler Gelegenheit, dem Vertrauten der Aufständischen anzurathen, daß diese wohl weitaus am richtigsten handeln würden, wenn sie solche Vorschläge nicht von sich weisen würden. Herr Wesselitzki begab sich mit diesem Rathe zu den Insurgenten zurück und hatte die Genugthuung, diese im Prinzipe und der Theorie zur Annahme alles dessen zu bewegen, was von Seiten der Türkei zu gewähren dieser von den Großmächten vorgeschlagen worden war. Was seine Konferenzen mit den Insurgentenführern, die Verhandlungen mit dem österreichischen Statthalter Baron v. Rodich und die nächsten Folgen aller dieser politischen Zwischenfälle betrifft, das auseinanderzusetzen, dürfte hier zu weit führen. Das Resultat dieser monatelangen Thätigkeit des Hrn. Wesselitzki war jedenfalls eine Reise nach Wien, wohin ihm sehr bald eine Adresse der bosnischen Insurgenten folgte, welche ungefähr das Gleiche, wie eine frühere der herzegowinischen Aufständischen ausdrückte und das Ersuchen an ihn richtete, sie in geeigneter Weise zur Kenntniß der Großmächte bez. deren auswärtigen Minister zu bringen. Da diese Letzteren im Anfange des Mai in Berlin zusammen treffen wollten, konnte Herr Wesselitzki des ihm geäußerten Wunsches sich allerdings nicht geeigneter, als durch seine Reise hierher entledigen. Die Aufnahme, welche der von den Aufständischen gewählte Vertreter ihrer Interessen hier in den Tagen vom 12. bis 15. Mai gefunden hat, bekundet, wie richtig derselbe handelte, indem er die bosnische Adresse hier selbst überreichte.

Eine Antwort auf die Adresse erschien inopportun, da letztere selbst gewissermaßen eine Antwort auf frühere Vorschläge ist; überdies würde es mit Schwierigkeiten verknüpft gewesen sein, dieselbe zu übermitteln, da sowohl der, dem man die Antwort hätte übergeben müssen, als die, an welche sie etwa zu richten gewesen wäre, jeder diplomatischen Anerkennung entbehren. Es hätte eine Antwort auf nicht diplomatischem Wege umsomehr befremden müssen, als gerade in den Tagen der berliner Konferenzen hier die Nachricht eintraf, daß der Fürst von Montenegro sich zum Protektor eines Theiles der herzegowinischen Insurgenten erklärt hätte. Keineswegs aber geht man wohl fehl in der Annahme, daß die in der bosnischen Adresse geäußerten Wünsche und erbetenen Garantieen zu einem Theile die Basis gebildet haben bei den Berathungen, in denen die leitenden Staatsmänner der drei Kaiserreiche ihr im Besonderen von den erst abzuwartenden Verhältnissen abhängiges Verhalten im Allgemeinen vorzuzeichnen sich bestrebt und vorläufig festgestellt haben. Wenn Herr Wesselitzki als Advokat der Insurgenten auch wahrscheinlich gern mit bestimmter ausgedrückten Garantieen nach Ragusa zurückgekehrt wäre, so verläßt derselbe Berlin dennoch immerhin mit der Gewißheit, daß die drei Kaisermächte einig sind in der Anerkennung der von den Insurgenten in ihren Adressen kundgegebenen Wünsche gegenüber der Türkei, und seinerseits in der Ueberzeugung, daß jede Spekulation auf die Uneinigkeit der drei Mächte mehr wie eine optische Täuschung wäre. Allerdings glaubt derselbe auch dessen gewiß zu sein, daß ein Eingreifen der Mächte in die orientalischen Verhältnisse vorläufig noch in weiter Ferne, und keineswegs früher nahe liegt, bis die Lage der Dinge das durchaus nothwendig machen würde.

— Die Thätigkeit der liberalen Parteien für die bevorstehenden Wahlen wird nun endlich mit den Pfingstferien beginnen. Viele Abgeordneten werden diese Ferien benutzen, um mit den Freunden und Vertrauensmännern ihrer Wahlkreise persönlich zu verkehren und die Bewegung einzuleiten. Die „Nat. lib. Corr." motivirt die bisherige Zurückhaltung mit dem taktischen Bedürfniß, zunächst über Stellungen und Absichten der Gegner ins Klare zu kommen, und hält es für ein Zeichen von Hypochondrie, wenn man meint, daß die Junker und Partikularisten, welche unter der Firma der Agrarier einen neuen politischen Einfluß gewinnen wollen, es bei unserem bäuerlichen Mittelstande so leicht haben würden. Jeder Landmann, dessen Gedächtniß auch nur 20 Jahre zurückreicht, weiß, daß er von der Erneuerung einer inneren Politik im Sinne des Ministeriums Manteuffel und der preußischen Landrathskammern die Beseitigung auch nicht einer einzigen seiner Beschwerden zu erwarten hätte. Nicht die Herabsetzung der Grundsteuer, sondern die Aufrechthaltung der ritterlichen Steuerfreiheit bewegte die Herzen jener altkonservativen Majorität. Nicht der Stempel auf Immobilien wurde gemindert, sondern nur dafür gesorgt, daß die Aemter und Gehälter des Staates in die Hände der Partei kamen. Die Schlagwörter der Agrarier spielten übrigens ihre Rolle bereits bei den Wahlen von 1873—74. Keine neue Forderung oder Verheißung ist seitdem hinzugekommen. Gleichwohl erfuhr die Partei damals die schwersten Niederlagen auch in den Landestheilen, deren Landwirthschaft durch besonders ungünstige Umstände litt, und die durch Lokalblätter und Flugschriften am meisten unterwühlt waren. Von der den Liberalen gegenüber zu organisirenden sogenannten großen konservativen Partei scheiden in den alten Provinzen Preußens die Kreuzzeitungsleute, in den neuen die Partikularisten, und überall die ultramontanen Elemente jedenfalls aus; der Rest wird mit der Unterstützung der Landräthe vielleicht einzelne Erfolge erreichen können, schwerlich aber Erfolge, welche die gegenwärtigen Parteiverhältnisse von Grund aus verschieben. Bei alledem aber ist es doch an der Zeit, daß die Liberalen überall mit Achtsamkeit die offenkundigen Strömungen wie die mehr oder weniger versteckten Agitationen verfolgen und mit Energie die Vorbereitungen zum Wahlkampfe treffen. Man kann nicht wissen, ob die Wahlen zum preuß. Landtage nicht plötzlich um einige Monate früher anberaumt werden, als man bis jetzt erwartet. Es liegt in der Hand der Regierung, am Schluß der gegenwärtigen Session zugleich die Auflösung des Abgeordnetenhauses auszusprechen und schon für den September die Abgeordnetenwahlen anzuberaumen. Es ließe sich dafür sogar ein ganz plausibler Grund in der Erwägung finden, daß zwischen Oktober und Dezember die letzte Session der gegenwärtigen Legislaturperiode des Reichstags stattfinden muß, diese aber durch die Vornahme der Landtagswahlen gestört werden würde. Wir haben also möglicherweise für die Landtagswahl-Agitation nur noch drei Monate Zeit. Daß die liberalen Fraktionen die dringendste Ursache haben, in diesem Wahlkampfe einträchtig neben einander zu stehen, ihren gegenseitigen Besitzstand möglich anzuerkennen und auf keinen Fall den gemeinsamen Gegnern durch kleinlichen Hader zu Hülfe zu kommen, ist eine Anschauung, die sich ganz von selbst versteht, aber noch immer nicht oft genug wiederholt zu sein scheint.

Deutschland.

△ **Berlin**, 16. Mai. Durch eine frühere Verfügung aus dem Jahre 1866 waren bei Mittheilung des Reglements für die Turnlehrer Verhandlungen zu dem Zwecke eingeleitet worden, daß alle höheren Unterrichts-Anstalten, soweit an denselben nicht bereits vollständig befähigte Turnlehrer fungirten, diese erhielten. Inzwischen sind viele Veränderungen eingetreten, auch zahlreiche neue Anstalten errichtet worden, und es liegt Grund zu der Annahme vor, daß gegenwärtig wieder an einer größeren Zahl von Anstalten gehörig qualifizirte Turnlehrer nicht vorhanden sind. Der Kultusminister hat nun nähere Ermittelungen darüber angeordnet und den nächsten Kursus in der Zentral-Turanstalt vorzugsweise zur Ausbildung von Turnlehrern für Gymnasial- und Real-Lehranstalten sowie für Schullehrer-Seminare bestimmt. Es ist nicht blos abzuwarten, ob Meldungen eingehen, vielmehr soll von Aufsichtswegen verlangt werden, daß bei denjenigen Anstalten, an welchen für den Turnbetrieb nicht genügend gesorgt ist, einer der jüngeren Lehrer zur Absolvirung des Kursus veranlaßt wird. Bei staatlichen Anstalten wird dies keine nennens-

werthe Schwierigkeiten bieten, aber auch von den Patronaten der städtischen Lehranstalten wird erwartet, daß sie gern dem Verlangen entgegen kommen. Erheblich erleichtert wird der Eintritt in die Zentral-Turnanstalt durch die Möglichkeit, daß in Fällen des Bedürfnisses Unterstützungen für die Eleven aus Zentralfonds gewährt werden können. Besonders legt der Kultusminister Werth darauf, daß auch akademisch gebildete Lehrer die Befähigung zur Leitung des Turn-Unterrichts sich verschaffen. Namentlich wird bei größeren Gymnasien und Realschulen, an welchen zwei oder mehr Turnlehrer thätig sind, unbedingt darauf zu halten sein, daß der erste derselben die Qualifikation für das höhere Lehramt nachgewiesen habe.

□ **Berlin**, 17. Mai. [Abgeordnetenhaus.] Die Interpellation des Abg. Windthorst (Meppen) wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfes betr. die Unterstützung der durch Ueberschwemmung 2c. betroffenen Landestheile, welche heute den ersten Gegenstand der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses bildete, wurde vom Minister des Innern beantwortet. Derselbe bestätigte, daß dem Landtage noch in dieser Session eine Vorlage werde gemacht werden, in welcher die Regierung einen Kredit zu dem angeregten Zwecke verlangt. Ueber die Höhe der zu fordernden Summe lasse sich gegenwärtig noch keine bestimmte Angabe machen, denn einestheils habe sich das Wasser nur langsam verlaufen, und die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, andererseits lasse sich auch jetzt noch nicht genau feststellen, ob die angerichteten Schäden dauernd oder nur vorübergehend seien. Damit war die Interpellation erledigt. Der Gesetzentwurf betr. den Ankauf und den Ausbau der Bahnstrecken Halle-Kassel und Nordhausen-Nixei fand nach den Anträgen der Kommission, welche mit einer einzigen geringen Aenderung sich der Regierungsvorlage angeschlossen hatte, ohne bemerkenswerthe Debatte Annahme. Eine längere Diskussion fand über den § 1 des Gesetzentwurfes betr. die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für die Prioritätsanleihen der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahngesellschaft bei der zweiten Berathung der Vorlage statt. An derselben nahmen die Abgg. v. Tempelhoff, von Benda, Dr. Roeckerath, Wehrenpfennig und Berger und der Handelsminister Dr. Achenbach Theil. Neues wurde dadurch nicht gerade zu Tage gefördert. Hr. v. Tempelhoff kam bei dieser Gelegenheit auf die Rede Laskers bei der Debatte über die Ergebnisse der Eisenbahnuntersuchungskommission zurück und erklärte in langer Ausführung, von seinen damals gegen Lasker erhobenen Vorwürfen auch heute nichts zurücknehmen zu können. Der Redner kritisirte, anfangs häufig durch Zurufe des Hauses unterbrochen, das Verhalten der Kommission speziell der hier in Betracht kommenden Vorlage gegenüber und bat schließlich, dieselbe abzulehnen. Die Kommission hatte den § 1 dahin ergänzt, die Zinsgarantie nur in der Art zu bewilligen, daß die Konvertirung der Schuldverschreibungen der aufgenommenen Anleihen, sobald es die Staatsregierung verlangt und unter den von der letzteren festzustellenden Bedingungen zu bewirken ist. In namentlicher Abstimmung wurden für diese Fassung 197 und gegen dieselbe 157 Stimmen abgegeben. Danach wurde ein von der Kommission eingefügter § 2, wonach die Entscheidungen des Handelsministers über die Rechnungen der Gesellschaft überwiesen werden sollen, ebenso wie der geringe Rest des Gesetzes genehmigt.

— Kaiser Wilhelm gedenkt, der „Provinzial-Korrespondenz“ zufolge, am 7. Juni mit dem Kaiser Alexander in Ems wieder zusammenzutreffen.

— Wie man der „K. Z.“ telegraphirt, sollen in der vergangenen Woche wiederholt und so zuletzt am Nachmittag des 13. d. Mts. auch eingehende Besprechungen zwischen dem Fürsten Gortschakoff und dem englischen Botschafter Lord Odo Russell stattgefunden haben, welche die zentral-asiatische Angelegenheit betrafen. Es handelte sich hierbei um einen Meinungsaustausch, bei welchem der russische Kanzler bemüht war, das neueste Vorgehen Rußlands in Khokand als durch die russischen Interessen unbedingt geboten hinzustellen. Auch nach dieser Richtung wären, wie man in russenfreundlichen Kreisen versichert, erfreuliche Fortschritte zu einer friedlichen Verständigung gegenüber den bisherigen Meinungsverschiedenheiten der beiden Mächte erzielt worden.

— Offiziöserseits sind alle Gerüchte, welche in den letzten Tagen wieder einmal über den Rücktritt Camphausens umliefen, zwar dementirt worden; so ganz grundlos aber scheinen sie doch nicht gewesen zu sein. So schreibt die „Trib.“ unter dem Datum des 18. d.:

In Börsenblättern wurde gestern der Rücktritt des Finanzministers Camphausen schon als Thatsache gefeiert, die Börse selbst begleitete das angebliche Faktum mit einer stürmischen Hausse, die lange auf Lager gehaltenen „Nachrufe“ kamen gestern Abend endlich ans Licht, wie ein Triumphgesang ging es durch die Reihen der Börsenaffiliirten und Ackersozialisten, während Camphausen — bleibt. Der Rücktritt des Ministers, der als das konstitutionellste Mitglied der jetzigen Regierung gilt, bestätigt sich auch diesmal nicht, wiewohl nicht zu leugnen ist, daß in den letzten Tagen Schwierigkeiten entstanden waren. In parlamentarischen Kreisen hörte man gestern mit besonderer Befriedigung, daß dieselben vollständig ausgeglichen und das Verbleiben des Ministers auf seinem Posten gesichert sei. Bei seinem gestrigen Erscheinen im Abgeordnetenhause wurde Herr Camphausen am Ministertisch von seinen Kollegen besonders freundlich begrüßt. Nach Schluß der Sitzung versammelten sich die Mitglieder des Staatsministeriums in dem neben dem Sitzungssaal belegenen Konferenzsaal zu einer Besprechung unter dem Vorsitz des Ministers Camphausen.

Der „Voss. Ztg.“ geht aus sicherer Quelle die Mittheilung zu, daß Camphausen's Entlassungsgesuch am 16. d. Nachmittag im Kabinet des Kaisers lag und daß der Kaiser persönlich es ihm am Abend zurückgegeben hat. „Graf Eulenburg's Vermittelung hauptsächlich ist es zuzuschreiben, daß der Kaiser sich weigerte, auf die ferneren Dienste des Finanzministers zu verzichten.“ — Der „Börs. Cour.“ hört über die Veranlassung des Demissionsgesuches verschiedene Versionen. Einmal heißt es, daß die Absicht dem Staatssekretär im auswärtigen Amt Hrn. v. Bülow und dem neu zu ernennenden Präsidenten des Reichskanzleramtes Herrn Hofman Sitz und Stimme im preuß. Staatsministerium zu geben, von Seiten des Finanzministers nicht gebilligt worden sei, alsdann verlautet, die offiziöserseits kundgegebene Absicht zur Bildung eines Reichsfinanzamtes habe Widerspruch von Seiten des preuß. Finanzministers gefunden. Für die Nichtannahme des Demissionsgesuches soll — abgesehen von des Kaisers in allen derartigen Personenfragen stets bekundeten konservativen Gesinnung — vor allen Dingen die Schwierigkeit, ja die derzeitige Unmöglichkeit der Wahl eines Nachfolgers die Veranlassung gegeben haben.

Wie der „N. L. C.“ mitgetheilt wird, haben Differenzen zwischen dem Finanzminister und dem Präsidenten des Ministeriums stattgefunden, aber auch bereits alle ihre Ausgleichung gefunden. Das autographirte Organ der nationalliberalen Partei bringt das Demissionsgesuch mit der Entscheidung über die Forderung der Zinsgarantie für Halle-Guben in Verbindung. Für den Fall, daß die Forderung abgelehnt wäre, habe Camphausen definitiv abdanken wollen.

— Der Oberstaatsanwalt v. Luck erklärte bekanntlich bei den jüngsten Verhandlungen des Staatsgerichtshofes gegen den Grafen Arnim, daß er die Verlegung des Termins auf den 26. Juni d. J. nicht wünsche, weil ein Zeuge, den er zu laudiren beabsichtige, zu dieser Zeit schwer abkömmlich sei. Wie die „Klausnersche Korrespondenz“ erfährt, ist dieser Zeuge Herr Baron von Holstein, Botschafts-Sekretär bei der pariser Botschaft, der schon im ersten Arnim-Prozesse als Belastungszeuge geladen war. — Wir haben aus der „Vossischen Zeitung“ ein um Vertagung der gerichtlichen Verhandlung ersuchendes Schreiben des Grafen Arnim an den Staatsgerichtshof wiedergegeben. Auf eine Stelle in diesem Briefe bezieht sich die nachstehende, aus Luzern vom 14. d. an die „K. Z.“ gerichtete Zuschrift:

Zu meinem Erstaunen entnehme ich aus Nr. 132 Ihres Blattes, daß ein gewisser Matthae bei seiner Aussage bezüglich der Broschüre Pro Nihilo auch meines Namens erwähnt. Ich erkläre hiermit auf das bestimmteste, daß ich zu keiner Zeit mit dem Hause Schabelitz in Verbindung stand, also auch nie im Auftrage des Grafen Arnim mit genanntem Hause korrespondirte, überhaupt auch mir nie von irgend welcher Seite eine solche Zumuthung gemacht worden ist. Ich habe von benannter Broschüre erst Kenntniß erhalten, als sie öffentlich in hiesigen Buchhandlungen aufgelegt war. Wollen Sie gefälligst diese Erklärung in Ihr geschätztes Blatt aufnehmen. Mit ausgezeichneter Hochachtung u. s. w. Hugo Graf von Waldbott-Bassenheim.

— Bei der königlichen Gewehrfabrik zu Spandau ist, gutem Vernehmen der „Trib.“ nach, plötzlich eine Bestellung auf 70,000 Gewehre eingelaufen, in Folge dessen die schon seit einigen Wochen erfolgten Arbeitskündigungen sämmtlich zurückgenommen worden sind.

— Am 2. Juni tritt in Köln der deutsche Anwaltstag zu einer Verhandlung zusammen, deren Hauptgegenstand die Beschlüsse der Justizkommission des Reichstags über den die Rechtsanwaltschaft betreffenden Abschnitt der Gerichtsverfassung bilden werden.

— Das „Neue Wiener Abendblatt“, welches wie bekannt in einer Gratisbeilage die in der mündlichen Verhandlung gar nicht zur Verlesung gelangte Anklageschrift des Oberstaatsanwalts v. Luck gegen den Grafen Arnim vollständig mittheilt, ist in mehreren hiesigen Kaffeehäusern polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Witten a. d. R., 15. Mai. Es ist eine erfreuliche Thatsache, schreibt die „R. A. Z.“, die wir deshalb auch gerne öffentlich anerkannt sehen möchten, daß der Pfarrer der römisch-katholischen Kirche, Herr Poggel, als er seinen Pfarrkindern die Mittheilung machte, daß durch kultusministerielle Entscheidung den Altkatholiken der Mitgebrauch der römisch-katholischen Kirche eingeräumt sei, die Gemeinde zum Frieden ermahnt hat. Zwar führte er auf der Kanzel aus, sei es eine für die Gemeinde betrübende Thatsache, ihr mit so großen Opfern erbautes Gotteshaus nun nicht mehr allein besitzen zu dürfen, aber dennoch bitte er die Pfarrkinder, alle Ausschreitungen zu unterlassen und eine würdevolle Haltung zu zeigen, wenn die Altkatholiken von der ihnen ertheilten Erlaubniß Gebrauch machen sollten. Die römischen Katholiken wollen übrigens das Gotteshaus verlassen und ihre kirchlichen Verrichtungen im katholischen Gesellenhause vornehmen, sobald die Altkatholiken anfangen, ihren Gottesdienst in der katholischen Kirche zu halten.

München, 15. Mai. Die Enthebung des Staatsraths v. Eisenhardt von der Funktion eines Kabinetssekretärs des Königs fährt fort, Aufsehen zu erregen. Die „Pol. Corr.“ weiß darüber Folgendes zu melden:

Die Entlassung Eisenhardt's aus dem unmittelbaren Dienste des Königs war seit Jahr und Tag schon nur noch eine Frage der Zeit und der passenden Gelegenheit. König Ludwig liebt in seiner Umgebung vorzugsweise frische Naturen beweglichen Geistes, welche seinen oft und rasch wechselnden Ideen leicht und gefällig zu folgen vermögen. Auch liebt der hohe Herr, bekanntlich selbst ein geschmackvoller Kenner der dekorativen Kunst und des häuslichen Luxus, anregende Konversation und feines Urtheil über dergleichen Dinge. Staatsrath v. Eisenhardt ist ein ausgezeichneter Jurist aus der älteren Beamtenschule, welche Meister in Fachwissenschaften, aber keine universell nach heutigen Begriffen und Anforderungen ausgebildete Männer herangezogen hat. Außerdem ist er bereits bei Jahren und etwas bequemer Natur. Es war unter solchen Verhältnissen längst in eingeweihten Kreisen kein Geheimniß mehr, daß sein unmittelbares Verhältniß zum König kein dauerndes mehr sein konnte. Der zur Zeit nach Eisenhardt's Enthebung mit den Geschäften des Kabinetssekretariats betraute Herr von Ziegler ist ein noch junger Jurist von bedeutend poetischer und künstlerischer Anlage und seit seinen Studentjahren eifriges und beliebtes Mitglied für Literatur- und Künstlergesellschaften, für deren Unterhaltungen seine dichterischen und humoristischen Beiträge ein vielbegehrter Artikel sind. Man hält es, zumal da Herr v. Ziegler zugleich des Rufes eines ausgezeichneten Juristen und deshalb in seinem Fache bereits mehrfacher Bevorzugungen sich erfreut, durchaus nicht für unmöglich, daß aus seinem jetzigen Interimistikum sich ein Definitivum gestalten könnte.

So eben ist hier ein Telegramm eingetroffen, daß Dr. Kühlmann, Direktor der türkischen Eisenbahnen, ermordet worden sei. Dieser noch junge Mann war ein Münchener, früher Advokat dahier und ein eifriger Führer der liberalen Partei, zuletzt auch, ehe er die ihm nun so schlimm gewordene Stellung antrat, Abgeordneter für München im baierischen Landtage. Er hatte eine Tochter des Dichters Oskar v. Redwitz zur Frau.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Noch immer lauten die Nachrichten aus Konstantinopel widersprechend. Allseitig zugestanden wird aber, daß in der vergangenen Woche Stambul der Schauplatz einer gewaltigen Panique der Fremden gewesen, deren Ursache ein Aufzug von gegen 5000 bewaffneten Sophta's (muselmannischen Theologen) war. Der „N. fr. Pr.“ wird hierüber vom 11. Mai Folgendes berichtet:

Schon gestern hatten die Sophta's ihre Bücher geschlossen, was die Bedeutung hat, daß sie ihre Studien unterbrechen, um sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, wie seinerzeit die Janitscharen ihre Kochtöpfe umstießen, um anzuzeigen, daß sie sich empört hätten. Die Sophta's, durchwegs Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, versammelten sich sofort zu einer Berathung mit ihren Muderris (Professoren), um mit ihnen die Mittel zu erwägen, welche angesichts der Gefahr, der das Reich in Folge der auf allen Seiten ausbrechenden Empörung ausgesetzt sei, zu ergreifen wären. Heute Morgens kam Mahmud Pascha wie gewöhnlich von seinem Landsitze Bebek nach der Stadt, und begab sich nach der Hohen Pforte trotz des Abrathens seiner Freunde, welche eine für ihn sehr unangenehme Demonstration befürchteten. Die Sophta's, welche gegen ihn sehr aufgebracht sind, bewahrten indeß eine sehr ruhige und würdevolle Haltung. Sie begaben sich zuerst vor den Palast des Scheik-ül-Islam und ließen diesen Minister, der ihr Oberhaupt ist, wissen, daß sie mit seiner Führung der Geschäfte unzufrieden seien, ihn auch der Simonie anklagen, und daß sie verlangen, er solle sein Amt niederlegen. Der Scheik-ül-Islam leistete nicht den mindesten Widerstand und versprach ihnen, seine Entlassung zu begehren, was er denn auch sofort that. Von ihm begaben sich die Sophta's nach dem Seraskierat und erklärten dem Kriegsminister, daß, da Mahmud Pascha zum Regieren gänzlich unfähig sei und der Staat zusammenzubrechen in Gefahr stehe, sie ihn bäten, den Sultan davon zu benachrichtigen und ihm zu rathen, Mahmud zu beseitigen. Des Weiteren gaben sie zu verstehen, daß sie ihn durch Midhat Pascha ersetzt wünschten, worauf ihnen der Seraskier erwiderte, daß dies zu weit gehen hieße, und daß der Sultan allein und ausschließlich das Recht besitze, seine Minister zu ernennen. Man behauptet auch, daß sie das Verlangen

---

Interims-Stadttheater.

(Direktion Haack und Remath.)

Der gestrige Abend war ausschließlich dem derben Humor gewidmet. Das leidlich besuchte Haus amusirte sich auch anscheinend vortrefflich und kargte nicht mit seinem Beifall. Das erste Gericht des dramatischen Soupers war eine Novität: „Zwischen Standesamt und Kirche“, Posse mit Gesang in 1 Akt von Dr. J. B. v. Schweitzer. Sie ist genau nach dem für einaktige Gesangspossen geltenden Schema gemacht, mit Auftrittsliedern und Couplets durchflochten. Schade, daß der Verfasser verschiedene langweilige Szenen braucht, ehe die eigentliche komische Verwicklung eintritt, die übrigens sehr rasch ihre Lösung findet. Sonst ist die kleine Arbeit mit ihren zahlreichen „Kalauern“, die stets von den Darstellern selbst als solche charakterisirt werden, ganz nett. Ein junger Architekt hat sich soeben auf dem Standesamt mit Frl. Frida Stresow aus Prenzlau verbunden, und das Paar steht im Begriff, sich hauptsächlich auf Befehl des Schwiegervaters kirchlich trauen zu lassen. Da heftet sich dem Architekten ein Exekutor an die Ferse; Geld zur Befriedigung seiner Ansprüche ist nicht vorhanden, und so beginnt die Konfusion. Bullrich, Bierbrauer und Großunternehmer, unverkennbar ein Nachkomme des „populären“ Zademak in Wilken's „Elzevir“, legt sich ins Mittel, hält den Schwiegervater für den Exekutor und verhindert ihn durch drastische Mittel, der Trauung beizuwohnen, bis sich Alles in Wohlgefallen auflöst.

Die Hauptfigur ist Bullrich, und diese fand eine ausgezeichnete Darstellung durch Herrn Grosser. Der Künstler gab einen Typus des echten berliner Bürgerthums: bieder und gemüthlich, aber auch energisch, wo es gerade sein muß. Die Scene mit dem vermeintlichen Exekutor und thatsächlichen Schwiegervater (Herr Stein) war überaus komisch. Weniger sprach uns Fräulein Ebert als Dienstmädchen Minna Brösike an. Die Künstlerin spielte die Rolle wohl gewandt, aber man vermißte doch die schärfere Charakteristik. Derartige Partien verlangen urwüchsigen Humor und sehr pointirtes Spiel. Die übrigen Figuren des Stücks sind untergeordneter Natur.

In der bekannten Kalisch'schen Posse „Doctor Peschke“, die nun folgte, hatte Herr Pfundt als Peschke Gelegenheit zu einer der Grosser'schen ebenbürtigen, selbstverständlich ihrem Wesen nach davon gänzlich verschiedenen Leistung. Das Stück besteht eigentlich nur aus dieser einzigen Rolle, und deshalb steht und fällt es damit. Trotz der realistisch derben Farben, deren der Künstler sich bediente und bedienen mußte, hielt er sich doch von Uebertreibungen fern. Es kann einen „Doctor“ Peschke dieser Art geben — und das ist wohl die beste Kritik. Die wieselartige Behendigkeit und das nicht zu bändigende Mundwerk dieses Barbiers versetzten das Publikum in ausgelassene Heiterkeit.

Den Beschluß des Abends machte der hier schon oft gesehene und trotz einzelner hübscher Scenen doch ziemlich langweilige Schwank „Papa hat's erlaubt“ von Moser und L'Arronge. E.

Zur Geschichte der deutschen Zeitungspresse.

In einer in Halle a. S. abgehaltenen Monatsversammlung des thüringisch-sächsischen Geschichts- und Alterthumsvereins hielt, wie wir dem „Halleschen Tageblatt“ entnehmen, der Sekretär des Vereins, Prof. Dr. Opel, einen längeren Vortrag über die ältesten deutschen Zeitungen, den wir nachstehend im Auszuge wiedergeben.

Die Franzosen, Engländer und Deutschen machen einander die Priorität in Sachen der Erfindung einer periodischen Presse streitig. Die Franzosen machen geltend, daß bei ihnen der Arzt Renaudeau (beiläufig in Wahrheit ein Mann, „der seinen Beruf verfehlt hatte“) seit 1631 zuerst eine fortlaufende Zeitung ins Leben gerufen hat. Indessen sind nachweislich schon 1622 englische Zeitungen, wenn auch zuerst in französischer Sprache, versucht worden. Nun hatte aber schon im vorigen Jahrhundert Schwartzkopf sehr bestimmt die Behauptung aufgestellt, daß die deutsche Zeitungspresse noch etwas älter sei. Er wollte ein Blatt („14 Aviso, Relation oder Zeitung“) unbekannten Druckorts aus dem Jahre 1612 gesehen haben. Auch die später vielgelesene Frankfurter Ober-Postamtszeitung soll schon seit 1615 zuerst in Emmels Verlag, seit 1616 wöchentlich unter Leitung des Reichspostverwalters Johann von der Birghden nachgedruckt, in so frühe Zeit ihren Ursprung zurückdatiren können. Die Sache blieb jedoch bis zur Gegenwart ziemlich unsicher, weil seit Schwartzkopf Niemand wieder Originalexemplare so alter deutscher Zeitungen zu Gesicht bekommen hatte. Neuerdings sind aber erhebliche und höchst werthvolle Funde in dieser Hinsicht gelungen; einige solcher Exemplare wurden der Versammlung vorgelegt.

Der Hauptsache nach ergiebt sich Folgendes: Offenbar hat bei damals bereits auffallend hoch entwickelter Kultur der zerstörende 30jährige Krieg das Bedürfniß nach Zeitungen in Deutschland lebhaft angeregt. Den Deutschen bleibt in der That die Priorität der Erfindung, obwohl das jetzt vorliegende älteste Exemplar einer gedruckten deutschen Zeitung nicht bis 1605, sondern nur bis 1619 zurückreicht. Wir lassen den Titel hier buchstäblich genau folgen:

ZEITUNG
Auß
Deutschlandt, Welsch-
landt, Franckreich, Böhmen, Hungarn,
Niederlandt vnd andern Orten Wöchentlich
zusammengetragen
Im Jahr
1619.

Von diesem Jahrgange liegen die ersten 25 Nummern vor. Auch von dem Jahrgang 1820 derselben Zeitung haben sich Exemplare erhalten. Wahrscheinlich gehören eine Anzahl Blätter derselben Art aus dem Jahre 1626 gleichfalls diesem Unternehmen an. Das zur Ansicht vorgelegte Material ist auch nach der technischen Seite hin, nämlich soweit die Druckweise in Betracht kommt, sehr interessant. Das Format ist (an die früher üblichen Flugblätter erinnernd) noch immer der Art, daß die gewöhnlich wöchentlich erschienenen Blätter nachher als Buch zusammengebunden werden konnten. Druckort, Verleger, Redakteur, kurz der gesammte moderne Apparat der Zeitungen, sind in der Regel nicht genannt; die Haltung ist zumeist keck oppositionell gegen die damals bestehenden Reichsgewalten und Reichsordnungen gerichtet. Nur die magdeburger Blätter sind das politische Organ des damaligen Rathes der Stadt Magdeburg. Leitartikel fehlen; zuweilen eine Familien-Nachricht. In der Regel ist solche Zeitungsnummer zusammengesetzt aus einer Reihe von Original-Briefen, die je nach ihrem Eintreffen chronologisch an einander gereiht sind. Erst die Entwickelung eines regelmäßigen Postenlaufes machte, wie sich immer deutlicher ergiebt, die Entstehung solcher Unternehmungen möglich. Prof. Opel zeigte zuerst ein solches Blatt (vom Jahre 1626), welches — ob in Berlin, ob in Stettin domizilirt, blieb

kundgegeben hätten, man solle die Abberufung Ignatieff's fordern, der an allem Unglück der Türkei schuld sei. Gleichzeitig benachrichtigten sie Abdul Kerim Pascha, den Seraskier, von ihrem beim Scheik-ül-Islam unternommenen Schritte und erklärten ferner, daß sie so lange im Seraskierat verweilen würden, bis ihnen die Entscheidung des Sultans und der Name des neuen Großveziers bekanntgegeben sein werde. Abdul Kerim begab sich sofort — es war zwischen 11 und 12 Uhr — nach dem Palaste von Dolmabagdsche, und gegen 2 Uhr erschien bereits der erste Adjutant des Großherrn auf der hohen Pforte, um Mahmud Pascha, bei dem sich im selben Augenblicke der Polizeiminister Abdi Pascha befand, die Siegel abzufordern. Mahmud nahm die Kunde von seiner Absetzung mit der Ruhe und Resignation des echten Türken auf, verließ allsogleich seine Gemächer, nahm seinen Paletot, ließ seinen Wagen fortfahren und begab sich zu Fuß nach der etwa 200 Schritt von der Hohen Pforte entfernten persischen Gesandtschaft, von wo ihn dann sein Wagen abholte. Der Sultan ließ gleichzeitig bekanntgeben, daß er sich vorbehalte, morgen den neuen Sadrazam (Großvezier) zu ernennen.

.... Mittlerweile ist man, namentlich in Pera, sehr aufgeregt und beunruhigt über dieses Tagesereigniß, umsomehr, als noch alle möglichen ausschweifenden Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. Schon gestern hatte man ausgesprengt, daß eine Niedermetzelung der Christen und Fremden geplant werde; Viele wagten schon nicht mehr, ihre Häuser zu verlassen. Alle Welt kauft Waffen; Jedermann versieht sich mit Mundvorräthen, um sich daheim einschließen zu können. Ich habe heute Abend Dalmatiner, Herzegowiner und Montenegriner gesehen. Sie streifen in Gruppen von vier und fünf, mit ihren Anführern im vollen Nationalkostüm auf den Straßen von Pera herum.

Gestern begaben sich die Häupter der hiesigen österreichisch-ungarischen Kolonie zum Grafen Zichy, um an ihn die Frage zu richten, inwieweit wohl die türkische Regierung für die Sicherheit der Fremden einstehen könne. Der Graf antwortete ihnen, daß die Gesandten bereits die in Pera und Galata herrschenden Befürchtungen zum Gegenstande ihrer Erwägungen gemacht und daß der General Ignatieff es auf sich genommen, heute den Großvezier in dieser Angelegenheit zu interpelliren.

Wie den „D. N." aus Konstantinopel berichtet wird, war einer der ersten, welche in Salonichi verhaftet wurden, der Chef der dortigen Polizei. Uebrigens sind in Konstantinopel detaillirte Berichte sowohl von Vahan Effendi dem Präsidenten der türkischen Untersuchungskommission als von den Konsuln an ihre betreffenden Botschaften eingetroffen. Sie weichen nicht nur unter einander, sondern auch von den früheren offiziellen und privaten Schilderungen ab. In einem der Konsulatsberichte wird die vollständig neue Version vorgebracht, daß das bulgarische Mädchen sich zuerst in das Haus des deutschen Konsuls Abbott geflüchtet habe. Die Menge der Muselmänner aber, welche sich vor dem Hause des Konsuls angesammelt hatte und den letzteren mit dem Tode bedrohte, nöthigte ihn, das Mädchen wieder zu entlassen. Die übrigen Vorgänge werden danach in der bekannten Reihenfolge mit dem einzigen Unterschiede erzählt, daß die Anführer bei dem Morde außer den Eisenstangen auch andere Waffen zur Hand hatten. — Ein Sisseker Privat-Telegramm meldet: „Das aus Gradisca abgegangene österreichische Schiff wurde unterwegs von Türken beschossen und unfahrbar gemacht; wir mußten daher die Reise mittelst Wagen fortsetzen." Der „Pester Lloyd" knüpft hieran die Bemerkung: „Einstweilen wären wir also schon so weit, daß selbst das Leben österreichisch-ungarischer Staatsbürger nicht mehr sicher ist; was mag wohl das Ministerium des Auswärtigen hierzu sagen?"

Parlamentarische Nachrichten.

Die in unserm Landtagsbericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. d. bereits erwähnte Rede, welche der Abg. v. Tempelhoff bei der zweiten Berathung der Vorlage betr. die Zinsgarantie für die Prioritätsanleihen der Halle-Sorau-Gubener Bahn gehalten hat, ist uns im stenographischen Wortlaut zugegangen und lautet hiernach wie folgt:

M. H., die Vorlage betrifft ein Eisenbahnunternehmen, wobei die allerschlimmsten Machinationen vorgekommen sind, die die Untersuchungskommission überhaupt an das Tageslicht gezogen hat. Ich bin daher durchaus nicht geneigt, irgend Jemand zu unterstützen, der daran theilgenommen hat. Wir sollen hier eine Zinsgarantie aussprechen für Prioritäten, die bereits längst begraben worden sind. M. H., das ist eine so außerordentliche Maßregel, daß ich mich schon dadurch bewogen fühle, mit großer Vorsicht an die Sache heranzutreten. Es wäre mir sehr erwünscht gewesen, daß ermittelt worden wäre, ob nicht auch bei Begebung dieser Prioritäten Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Darüber enthält der Bericht der Untersuchungskommission leider nichts, das bedaure ich, ich finde darin eine gewisse Ungenauigkeit. M. H., damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß diese Ermittelungen nicht von der Kommission gemacht worden sind, denn der Herr Abgeordnete Lasker sagt uns ja, daß der Bericht lange nicht alles enthält, was ermittelt worden ist. Ich hätte mich gern genau über die Sachlage informirt und habe darum gebeten, mir die Einsicht dieser Untersuchungsakten der Kommission zu gestatten. Leider hat der Hr. Minister mir diese Bitte versagen müssen. (Hört! rechts.) Ich glaube so gern m. H., daß diese Verweigerung in dem Fanatismus unserer Büreaukratie vollkommen begründet war; aber m. H., ich sollte doch meinen, daß man hier lieber eine Ausnahme hätte machen sollen. Bei einer Angelegenheit, die das ganze Volk in so außerordentlicher Weise aufgeregt hat, bei Verhandlungen, wo man eine so große Offenheit zur Schau getragen hat, daß man hätte meinen sollen, die Kommission tage in einem Glashause, da, m. H., macht es doch einen ganz eigenthümlichen Eindruck, wenn man ganz zuletzt noch solchen Heimlichkeiten begegnet. Ich dächte, das wäre zu vermeiden gewesen, das kann bösen Zungen nur einen viel zu großen Spielraum gewähren.

Nun, m. H., bin ich aber doch nicht der Meinung, daß der Herr Abg. Lasker hat sagen wollen, daß ganz wichtige Ergebnisse der Untersuchung in dem Bericht verschwiegen worden sind. Ich muß daher glauben, daß die Ermittelungen, die ich gewünscht hatte, überhaupt nicht stattgefunden haben und finde eben darin eine Ungenauigkeit, wie ich sie schon früher gerügt habe. Der Herr Abg. Lasker meinte zwar damals in seiner Rede, daß ich meine Beschuldigungen wohl zurücknehmen würde; das kann ich leider doch nicht. Zu meinem großen Bedauern sehe ich Herrn Lasker heute nicht auf seinem Platze. (Ruf: er kommt noch.) Ich kann leider aber doch nun nicht unterlassen in meiner Rede fortzufahren und mich über die Beschuldigungen und Vorwürfe, die mir der Herr Abg. Lasker gemacht hat, zu rechtfertigen. Sie waren so bitterer Art, daß ich sie nicht ungerügt lassen kann, und ich bitte das hohe Haus zu entschuldigen, wenn ich darüber einige Worte verliere. (Ruf: zur Sache! Murren.) Ja, m. H., ich bitte, doch einem angegriffenen Mitgliede des hohen Hauses wenigstens die Gelegenheit zu geben, sich gegen die gemachten Vorwürfe zu vertheidigen; ich verspreche Ihnen in Zukunft mich hernach nur an die Sache zu halten.

M. H., der Herr Abg. Lasker sprach mir dabei seine Dankbarkeit dafür aus, daß ich ihm durch meinen Angriff Gelegenheit gegeben hätte, Mittheilungen zu machen, die sonst unterblieben wären. Ich bedaure, dem geehrten Herrn nicht Gleiches mit Gleichem vergelten zu können. Ich bin ihm durchaus nicht dankbar dafür, daß er mich durch seine Erwiederungen nun zwingt, jetzt, wo das hohe Haus diese Angelegenheit ganz gewiß als abgethan angesehen wissen will, noch einmal darauf zurückzukommen; indessen waren die Vorwürfe doch zu herb, um sie ganz mit Stillschweigen zu übergehen. Zuerst warf mir der Herr Abgeordnete vor, ich hätte bei Anführung seiner Rede dieselbe meinen Zwecken gemäß gruppirt, und damit sprach er doch den Vorwurf aus, daß ich durch diese Gruppirung den Sinn seiner Rede entstellt habe. M. H., das muß ich in der That zurückweisen; ich denke ich habe die Gruppirung ganz bona fide gemacht und zwar so, daß der wahre Inhalt seiner Rede zu Tage treten mußte. Ich will ruhig abwarten, ob der Abgeordnete mir irgend eine Entstellung derart nachweisen kann.

Dadurch, daß er von mir verlangte, ich solle meinen Vorwurf als ungerechtfertigt zurücknehmen, zieh er mich eines Leichtsinns, von dem ich mich vollständig frei weiß. Ich denke, m. H., daß ich in meinen Anführungen außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend gewesen bin. (Rufe: § 1.)

Ich meine in der That, daß das, was ich sage, in genaueren Zusammenhang mit der Vorlage steht, indem aber aus dem Ergebniß der Untersuchung hervorgeht, wie ungenau man gewesen ist, muß man zu dem Entschlusse kommen, bei diesem vorliegenden Fall einer größeren Vorsicht bei Beurtheilung der Sachlage sich zu befleißigen (Sehr richtig! rechts.) Ich hatte dem Herrn Abgeordneten einen Mangel an Energie vorgeworfen und zwar darum, weil er sich einer Instruktion gefügt hat, die weder seinen Forderungen, noch den Versprechungen des Ministers entsprach. Ich will darüber nur ganz kurz anführen, daß er sich damals entschuldigte, er habe keinen Konflikt herbeiführen wollen. M. H., diese Instruktion ist der Kommission durchaus nicht oktroyirt, sondern mit ihr vereinbart worden und gerade der Passus, der den Hrn. Abg. Lasker einengte, und den Beschluß der Kommission verlangte, um einen Zeugen zu vernehmen, der stand in dem ersten Entwurf des Präsidenten der Kommission überhaupt nicht, sondern ist erst durch die Vereinbarung hineingekommen. Ich denke, daraus geht doch wohl hervor, daß an einen Konflikt nicht zu denken war. Ich muß gestehen, daß ich für einen sehr furchtsame Logik halte, die ich eigentlich doch dem Abg. Lasker gar nicht zugetraut hätte. M. H. Wie ungenau eben diese Untersuchung gewesen ist und namentlich in Bezug auf die Hannover-Altenbekener Bahn, die der Herr Abgeordnete Lasker ganz besonders angeführt hat, geht daraus hervor. — (Rufe: Halle-Sorau-Guben!) Ja, meine Herren, ich kann doch nicht umhin, das noch einmal anzuführen; ich glaube, es wird eben zu meiner Rechtfertigung durchaus nothwendig sein, damit ich nicht vor dem Hause als ein leichtsinniger Abgeordneter erscheine, der Vorwürfe macht, die durchaus keinen Grund haben. Nur wenn Sie meinen Worten ein gewisses Vertrauen schenken, können meine Ausführungen überhaupt nur von Wichtigkeit sein und darum halte ich es für nöthig, daß ich mich vor dem Hause rechtfertige und in ein richtiges Licht stelle.

Also, m. H., bei der Untersuchung der Hannover-Altenbekener Eisenbahn wurden über den allerflagrantesten Punkt über die Bewilligung von Gründergewinne, überhaupt nur zwei Zeugen vernommen. Davon sprach der eine Zeuge nur vom Hörensagen und der andere Zeuge verweigert jede Aussage; ein dritter Zeuge war verreist und nicht zu finden; in dem Berichte lesen wir schließlich: Gründergewinne sollen in den Büchern der Gesellschaft nicht figuriren. Damit war die Untersuchung zu Ende. Hatte ich nun Unrecht, wenn ich diese Untersuchung eine ungenaue nenne? Ich dächte, m. H., die Untersuchung wäre so geführt worden, daß wenn man die Sache absichtlich hätte verschleiern wollen, man auch nicht anders hätte verfahren können. M. H., hätte man nicht alle Mitglieder des Gründungskomites vernehmen können? Hätte man nicht die Bücher der Gesellschaft prüfen können und nicht bei einer bloßen Vermuthung stehen bleiben sollen? Hätte man nicht endlich auch Herrn Kohn durch die Gerichte eidlich vernehmen lassen können? Vielleicht hatte er dort seine Reserve aufgegeben. Der Herr Abg. Lasker behauptet zwar, daß der Kommission durchaus kein Mittel zum Zeugenzwange zu Gebote gestanden hätte. Das, m. H. ist aber ein Irrthum. Der § 5 der Instruktion sagt ausdrücklich:

> Um Zeugenvernehmung sind die Verwaltungsbehörden oder die Gerichte zu ersuchen. Es sind jedoch dergleichen Requisitionen immer an die zuständigen Gerichte zu erlassen, wenn es sich um eidliche Vernehmungen handelt.

Also, der Kommission stand allerdings ein ganz ausgiebiger Zeugenzwang zu Gebote.

Nun, m. H., das mag zu meiner Rechtfertigung genügen. Ich will Sie nicht länger ermüden; ich überlasse es getrost dem hohen Hause, zu beurtheilen, ob ich mit meinem Tadel zu weit gegangen bin oder, wie man außerhalb des Hauses vielfach behauptet, lange nicht weit genug. (Bravo! rechts.) Ich bin vollständig überzeugt, der Hr. Abg. Lasker bedauert heute selbst diese Ungenauigkeit der Untersuchung, denn weil sie ihm eben keine objektiv festgestellte Thatsachen zu Gebote stellte, mußte er sich damit begnügen, als er hier seinen Freunden eine Ehrenerklärung machte, seine objektive Meinung dafür anzuführen. Ich lasse es dahin gestellt sein, ob das für ein endgültiges Urtheil von diesem Hohen Hause oder von dem Lande angesehen worden ist. Der Hr. Abgeordnete möge es mir verzeihen, aber ich muß sagen, daß er bei dieser Gelegenheit zwar mit außerordentlich gutem Willen, aber doch nicht mit seiner gewöhnlichen Geschicklichkeit vorgegangen ist. Wenn ich zu diesen Herren gehörte, ich muß gestehen, ich weiß nicht, ob ich nicht sagen würde, Gott behüte mich vor meinen Freunden.

Nun, m. H., diese Ungenauigkeiten, die ich gerügt habe, finde ich bei der Untersuchung der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn, und ich finde sie eben darin, daß man nicht dazu vorgeschritten ist, auch noch zu prüfen, in welcher Weise diese Prioritäts-Anleihen zu Stande gekommen sind. Ich denke, meine Herren, man kann nicht behaupten, daß das überhaupt nicht Sache der Kommission gewesen wäre, denn die königl. Botschaft verlangt ausdrücklich: die Mißstände zu untersuchen, die bei Ausnützung von Eisenbahnkommissionen vorgekommen sind. Nun, m. H., ich denke, eine solche Ausnutzung war die Begebung der Prioritätsobligationen auch. Es wäre vielleicht nicht ganz unzweckmäßig, wenn man diesen Mangel heute noch ersetzte und die Bücher der Gesellschaft genau prüfte; vielleicht könnte das ein wesentliches Motiv zu den Beschlüssen werden, die wir jetzt zu fassen haben. So tragen wir nur die üblen Folgen einer ungenauen Untersuchung, unser Urtheil ist getrübt. Es ist ja allerdings über unsere Vorlage schon viel verhandelt worden, aber, m. H., mir will es doch scheinen, als ob noch immer keine Klarheit erreicht worden wäre. Unser Bericht spricht sich dahin aus, daß unser Staat bei der Gelegenheit ein ganz gutes finanzielles Geschäft machen könnte; aber er sagt auch auf der anderen Seite: der Staat darf die Nothlage der Gesellschaft nicht ausnützen. Der Bericht sagt ferner: wir können eine so bedeutende Verkehranlage nicht in Verfall gerathen lassen, und das würde geschehen, wenn der Staat nicht eingreift; auf der andern Seite sagt er aber: wenn der Staat nicht eingreift, dann sind Konkurrenten genug vorhanden, die die Bahn schon übernehmen werden.

Ja, m. H., das scheint mir denn doch ein Widerspruch zu sein. Die Gesellschaft ist in einer Nothlage und wenn dieser Nothlage gegenüber der Staat ein gutes finanzielles Geschäft macht, was thut er anders, als daß er die Nothlage ausnutzt? Wenn in Ermangelung des Staates sich Konkurrenten genug finden, die die Bahn übernehmen wollen, dann ist auch die Gefahr nicht vorhanden, daß durch Unterbrechung des Betriebs Schaden eintritt.

Ferner führt der Bericht an, daß, wenn der Staat die Kuratel über diese Bahn unternehme, so hätte er auch die Verpflichtung, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Gläubiger zu dem Ihrigen kämen. Ja, m. H., einer solchen Argumentation kann ich doch nicht beitreten. Ich meine, die erste Pflicht eines Kurators ist die, daß er sich seines Kuranden annimmt und das ist die Einsenbahngesellschaft, nicht deren Gläubiger, und die Eisenbahngesellschaft hat von dieser Garantie gar nichts, bleibt vor wie nach total banquerott.

Nun, m. H., der Herr Minister hat uns am 31. März gesagt, daß das Defizit in den folgenden Jahren wesentlich reduzirt, wenn nicht bis auf ein Minimum beseitigt werden wird. Es liegt dies eben in der projektirten Vereinigung der beiden Linien, es liegt dies in dem Anschluß der Halle-Sorau-Gubener Bahn an ein umfassendes Staatsbahnnetz, bei dem nicht, wie der Herr Abg. Richter erörterte, die Verbandstarife, sondern die Möglichkeit für den Staat in Betracht kommt, den Verkehr auf seine Linien zu lenken.

Nun, meine Herren, das muß ich gestehen, ist eine ganz vortreffliche Argumentation für einen Spekulanten, der ein gutes Geschäft machen will, aber für den Staat nicht. Wenn der Staat durch die Herbeilenkung des Verkehrs auf seine Linien einen Gewinn macht, so

---

unsicher — namentlich im nordöstlichen Deutschland verbreitet war, entschieden protestantisch gehalten, mit Korrespondenzen aus Paris, London, Linz, Rom, Wien, Venedig, Köln u. s. w. Ein zweiter Heerd solcher Zeitungen wurde dann Magdeburg, wo seit Anfang des Jahres 1626 eine periodische Presse in höchst interessanter Arbeit erschien. In demselben Jahre bestand (wahrscheinlich in Berlin) ein ähnliches Unternehmen, dessen Beziehungen sehr weit ausgedehnt waren, und dessen Mittheilungen für den damaligen Lauf des Wallensteinischen Krieges in dem mittleren und nördlichen Deutschland historisch sehr werthvoll und zuverlässig erscheinen. Korrespondenzen aus Flensburg, Lauenburg, Bremen, Straßburg, Rom, Hessen, Venedig, Haag, Brüssel, Köln, Nürnberg, Wien, Dessau, Prag und zahlreichen mitteldeutschen Orten treten uns hier entgegen, — darunter aus Halle etwa drei. Ebenfalls im Jahre 1626 entstand ein Blatt, welches — äußerlich den heutigen lithographirten Korrespondenzen ähnlich — wahrscheinlich durch einen berliner Postmeister gegründet und, mit Schreibbuchstaben und nur auf je einer Seite der Blätter bedruckt, mehr briefartig verbreitet wurde. In Wien waren seit 1623 wenigstens zwei Zeitungsunternehmungen im Gange. Aus dem Jahre 1626 haben sich eine große Anzahl wienerischer Zeitungen erhalten, von denen freilich das sonst so interessante Buch Wincklers „Die periodische Presse Oesterreichs 1875" nichts zu sagen weiß. Alle diese Zeitungen sollen gesammelt und die aus den Jahren 1618—1630 neu gedruckt werden.

Professor Opel beabsichtigt, seinen Vortrag demnächst noch weiter auszuführen und zu veröffentlichen.

---

* **Welches Interesse der Kaiser** an allen militärischen oder darauf bezüglichen Dingen nimmt, ergiebt sich aus folgender Mittheilung des „N. B. T." aus Berlin: Der Maler W. Meyerheim hatte ein Bild von der Drei-Kaiser-Parade auf dem Tempelhofer Felde im Jahre 1872 angefertigt und ein bekannter Industrieller wünschte die Bewilligung des Kaisers zur Vervielfältigung des Bildes durch Oeldruck zu erhalten. Dieselbe wurde bereitwilligst gewährt und der Kaiser befahl zugleich, ihm das Originalbild zuerst vorzulegen, damit er etwaige Unrichtigkeiten oder Ungenauigkeiten selbst korrigiren könne. Diese Berichtigungen schrieb der Kaiser in Gegenwart des Hofmarschalls Grafen Pückler und des betr. Unternehmers eigenhändig nieder und übergab sie dem Letzteren. Sie lauten:

Ich muß das große Band des russischen Georgs-Ordens umhaben unter dem das österr. Ordensband des Stephans-Ordens etwas hervorscheint (wie auf dem Bilde das blaue Band).

Fürst Bismarck, F.-M. Moltke } müssen das blaue Band des Andreas-Ordens tragen und nicht das Orangeband.

Kronprinz, Prinz Carl, Prinz Friedr. Carl müssen die Kette des Stephans-Ordens, außer der des Hohenzollern-Ordens, tragen.

Wer sollen die Prinzen in Ulanenuniform sein? Weder die Porträts noch Uniform sind zu erkennen.

Der Kaiser von Rußland muß die Kette des Hohenzollern-Ordens tragen.

Der vorbeiführende General scheint Prinz Albrecht Vater sein zu sollen. Das ist ein Fehler, da er nicht vor der Garde du Corps marschirte, sondern als General-Oberst (Feldmarschall) in der Suite mit mir vorbeidefilirte. An seiner Stelle muß der Prinz von Württemberg porträtirt werden, der nicht fehlen darf als Kommandirender der Parade. Die 2 viereckigen Sterne müssen in achteckige verwandelt werden, da weder Prinz Albrecht noch Prinz von Württemberg viereckige Sterne besaßen und besitzen.

Der erste Garde du Corps-Offizier muß Stabs-Offiziers-Epaulettes tragen.

Prinz Albrecht müßte also in der Suite einen Platz finden. Ebenso darf der Kronprinz von Sachsen nicht fehlen in der preußischen Dragoner-Uniform Nr. 10 mit dem Orangeband des schwarzen Adler-Ordens, darüber das Cartouche-Bandelier.

Wie die „N. Berl. Musik Ztg." meldet, ist „Ingo", die erste Erzählung aus Gustav Freitags „Ahnen", mit dessen Genehmigung zu einem Operntexte bearbeitet worden, der von dem Musik-Direktor Dr. Lorenz in Stettin in Musik gesetzt wird. Derselbe Komponist hat sich bereits durch ein weltliches Oratorium: „Otto der Große", bekannt gemacht. „Ingo" spielt, wie die Leser der „Ahnen" wissen, im vierten Jahrhunderte und eine leichte Aufgabe wird es nicht sein, den jener deutschen Vorzeit entsprechenden Ton in der Musik ebenso anheimelnd zu treffen, wie es dem Dichter der in Berg und Wald des alten Thüringens vorgehenden Ingo-Geschichte gelungen ist.

---

* **Der Wiederaufbau** des barmer Stadt-Theaters schreitet so rüstig vorwärts, daß die Wiedereröffnung desselben im Herbst d. J. bestimmt wird erfolgen können. Die für die Ausschmückung bestimmten Deckengemälde sind bereits fertig. Für die Sicherheit bei etwaigem Wiederausbruch eines Feuers sind umfassende Maßregeln getroffen. Am Dach und in den oberen Stockwerken werden bei jeder Luken- und Fensteröffnung Strickleitern angebracht werden, auf welchen etwa in Gefahr befindliche Personen sofort nach unten steigen können, wodurch wenigstens ein so gräßliches Unglück, wie es sich bei dem Brande im vorigen Herbste ereignete, in Zukunft dürfte verhindert werden können. Auch soll das Gebäude mit Blitzableitern versehen werden. Bezüglich der Anlage der Heizungs-Apparate sind Vorkehrungen getroffen worden, welche eine Gefahr von dieser Seite auszuschließen geeignet sind.

---

* **Im Rathhause zu Bayreuth** hat am Montag eine Versammlung der Delegirten der verschiedenen deutschen Wagner-Vereine stattgefunden, um über die letzten, noch für die Aufführung nothwendigen Maßnahmen zu beschließen. Bürgermeister Muncker von Bayreuth eröffnete die Versammlung und nach mancherlei Mittheilungen über die wohlgeordnete finanzielle Situation des Unternehmens, das bisher insgesammt einen Kostenaufwand von etwas über 500,000 Mark erfordert hat, nahm Richard Wagner selber das Wort, um zu berichten, wie von dem ursprünglichen Plan mannigfach hätte abgewichen werden müssen; so auch darin, daß die Anzahl der Freiplätze für Musiker und andere Personen von Verdienst von fünfhundert an jedem der zwölf Abende hätte wesentlich vermindert werden müssen. Unter Anderem hat auch die Errichtung der Fürstengallerie hierzu mitgewirkt. Es sind bisher sechszehn fürstliche Insassen dieser Galerie angemeldet, darunter Kaiser Wilhelm, der Kronprinz und die Kronprinzessin, die Großherzöge von Weimar und von Mecklenburg, und der Herzog von Meiningen. König Ludwig von Bayern wird allen Proben beiwohnen. Der Trouble der Aufführung selbst aber wird ihn verscheuchen; er reist vor derselben ab. Das Schloß aber — das alte Schloß der bayreuther Markgrafen — läßt er prächtig mit einzelnen Wohnungen für jeden der einzelnen fürstlichen Gäste herrichten. Um auf die Freiplätze zurückzukommen, so wird oberhalb der Fürstengalerie eine Galerie für 200 Plätze errichtet werden, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollen. Von den zahllos eingegangenen Gesuchen wurden aber einstweilen nur 37 berücksichtigt; die übrigen Freiplätze werden den einzelnen Vereinen nach Maßgabe ihres Bezuges an Patronatsscheinen zur Verfügung gestellt. Später wurde noch beschlossen, einen Bericht an die „Patrone" des Unternehmens zu veröffentlichen, dessen Entwurf vorgelegt und genehmigt wurde. In den Verwaltungsrath wurden noch die Herren Kammerherr v. Balingard und Banquier Groß von Bayreuth und Häckel von Mannheim gewählt.

entzieht er doch diesen Gewinn einfach den Privatbahnen. Und soll nun der Staat wirklich eine solche Eisenbahnpolitik verfolgen, daß er auf Kosten der Privaten sich selbst Vortheil verschafft. Ich muß gestehen, ich kann das nicht billigen. Der Bericht setzt uns auf Seite 8 auseinander, daß, wenn man die Sache genau nähme, doch eigentlich immer noch ein kleiner Profit herauskäme. Ja, sagt er darüber: Der Handelsminister sei durch die Statuten allerdings berechtigt, diese Rücklagen zu verlangen, aber es erscheine doch zweifelhaft, ob es gerechtfertigt sei, einer Eisenbahngesellschaft die Aufsparung so bedeutender Fonds für kommende Eventualitäten aufzuerlegen, ehe sie im Stande sei, ihre Pflichten gegen ihre Gläubiger zu erfüllen und ihre Prioritätzinsen zu bezahlen.

Ja, meine Herren, kann denn der Herr Handelsminister dies blos verlangen, oder ist es nicht seine Pflicht, dies zu thun? Ich denke, die Rücklagen für den Reserve- und Erneuerungsfonds sind die nothwendigen Mittel, um einen ordnungsmäßigen Betrieb der Bahn zu sichern. Dies Raisonnement erinnert mich stark an das Sprüchwort über das Wenn und Aber. Ferner sagt uns der Herr Minister: „Weshalb konnte sich der Minister v. d. Heydt zunächst in den Besitz der Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Bahn setzen? Weil die Bahn nicht mehr in der Lage war, auf eigenen Füßen zu stehen; und wie kam der Staat in den Besitz der Verwaltung der Bergisch-Märkischen Bahn? Weil ein Darlehen von 400,000 Thlr., sage 400,000 Thaler gegen 4½ pCt. Zinsen bei der Seehandlung von der Bergisch-Märkischen Bahn aufgenommen war und die Sicherstellung desselben bei dem großen Kredit, den damals die Eisenbahnen hatten, nicht ausführbar erschien.“

Ich dächte, daraus können wir kein Motiv hernehmen, die Vorlage zu bewilligen. Wenn uns der Hr. Minister nachweist, mit wie geringen Mitteln es früher gelungen ist, die Verwaltung von Privatbahnen in die Hände des Staates überzuleiten, warum werden denn heute so enorme Opfer verlangt? Das kann ich nicht begreifen, und um so weniger ist darin eine Klarheit zu finden, wenn der Minister nachher anführt: „Bei der eigenthümlichen Lage, in der sich die Gesellschaft befand, erschien es unthunlich, vor die Oeffentlichkeit mit einer Vorlage zu treten, wodurch mit Behaglichkeit und Schärfe die Hand in die offenen Wunden gelegt wurde.“ Ja, m. H., das sieht ja beinahe aus, als ob uns überhaupt nicht klarer Wein eingeschenkt werden sollte.

M. H., alle diese Ausführnngen sowohl des Berichtes als der Reden, die ich gehört habe, haben mir die Sache nicht klarer gemacht. Mir scheint, sie haben nicht Licht gebracht, sondern Wolken, die alles in Nebel hüllen. Mir scheint die Sache viel einfacher zu liegen. Ob der Staat mit dieser Vorlage ein günstiges finanzielles Geschäft machen würde oder nicht steht nicht fest, wahrscheinlich ist es mir nicht, und jedenfalls meine ich, wenn dies Geschäft finanziell gut ist, so ist es dies nur auf Kosten von Privatleuten, und das will ich auch nicht. Ferner die Gefahr, daß die Eisenbahn verfallen würde, wenn der Staat nicht einträte, kann ich nach den Ausführungen des Berichtes auch nicht einsehen. Für mich dreht sich die Entscheidung der ganzen Frage darum: wer sind die Gläubiger, denen die Garantie zugute kommt, und sind sie derart, daß der Staat eine Veranlassung hat, ihnen zu Hülfe zu kommen? Nun m. H., einen großen Theil dieser Obligationen hat ja der Staat erworben. Für den hat also der Staat eine rein formelle Bedeutung, und ich kann nicht leugnen, ich meine eine schlimme; denn diese Garantie kann nur dazu führen, die wahre Sachlage zu verschleiern. Es kommt dabei nicht zu Tage, welchen reellen Werth die Obligationen haben, die der Staat erworben hat. Der Rest dieser Prioritäten ist, soviel ich weiß, nicht sowohl im Publikum als vielmehr in seiner allergrößten Masse in den Händen von einigen großen Geldinstituten. Die einige Folge dieser Vorlage würde also die sein, daß man diesen Instituten einen ganz ungerechtfertigten Gewinn in den Schooß würfe, denn es würde sich dabei nicht blos darum handeln, den Herren das zu erstatten, was sie bei Begebung dieser Obligationen ausgelegt haben, nein, der Kurs, zu welchen sie dieselben erworben haben, ist viel geringer als der Nennwerth, und sie würden jedenfalls nach der Ertheilung der Garantie diesen Nennwerth erhalten.

M. H., wenn es nun fest stände, wer diese Gläubiger sind, wenn es erwiesen wäre, daß bei der Begebung dieser Aktien auch nicht die mindeste Unregelmäßigkeit vorgekommen wäre, ich muß gestehen, daß ich auch dann noch ganz außerordentlich bedenklich sein würde, dieser Vorlage meine Zustimmung zu ertheilen; aber so ist es nicht. Im Gegentheil, man trägt sich mit den allerschlimmsten Verdächtigungen Es wird ganz offen ausgesprochen, daß gerade diese Gläubiger, die jetzt die Prioritäten haben, durch ihre Manipulationen, die sie mit dieser Eisenbahngesellschaft gemacht haben, wesentlich mit dazu beigetragen haben, die Gesellschaft in den Ruin verfallen zu lassen, in dem sie sich heute befinden. Ich will mich über die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Gerüchte nicht aussprechen, ich weiß darüber nichts, aber Niemand kann mir die Möglichkeit bestreiten, daß wir durch die Gewährung dieser Garantie eine Staatsprämie auf ganz unsaubere Geschäfte legen und bewilligen.

Darum bitte ich Sie dringend, lehnen Sie diese Vorlage ab. Ich möchte die Verantwortung vor dem Lande nicht tragen, ich möchte nicht sehen, welchen Eindruck das nachher machen würde, wenn sich diese dunklen Gerüchte bestätigten. Ich bitte Sie darum nochmals dringend, diese Vorlage abzulehnen.

Lokales und Provinzielles.

Posen 18. Mai.

— Mit Bezug auf die Nachricht der „Gazeta Torunska“, daß in der polnischen Fraktion „die Eventualität der Mandatsniederlegung“ berathen worden sei, hat sich der „Kuryer“ veranlaßt gesehen, nähere Informationen darüber einzuholen. Das klerikale Blatt, das sich gleich Anfangs gegen diese Demonstration erklärte, theilt nun mit, daß diese „Eventualität“ von einem Mitgliede der polnischen Fraktion angeregt und in einer Fraktionssitzung berathen worden sei. Von 15 anwesenden Abgeordneten erklärten sich jedoch mit Ausnahme eines Einzigen sämmtliche gegen die Mandatsniederlegung. Mit sichtlicher Genugthuung hält der „Kuryer“ diesen Beschluß dem „Dziennik“ vor, der sich für die Mandatsniederlegung erklärt hatte.

r. Der Divisionsgeneral v. Sandrart und der Brigadegeneral v. Kittlitz reisten heute Morgens nebst ihren Adjutanten zur Inspizirung nach Samter.

r. **Beschlagnahme.** Von der neuesten Bolandenschen Broschüre „Der Pascha“, erschienen bei Kirchheim in Mainz, sind gestern in der hiesigen Daszkiewiczschen Buchhandlung etwa 20 Exemplare polizeilich mit Beschlag belegt worden.

— **Der „Kuryer“** ist in Folge der Anklage, die gegen seinen ehemaligen Redakteur Herrn v. Zakrzewski wegen Abdrucks zweier Briefe des ehemaligen Erzbischofs Ledochowski erhoben worden ist, sehr vorsichtig geworden. In seiner letzten Nummer giebt das Blatt eine ausführliche Beschreibung der Installation Ledochowski's in der Kardinalskirche Ara Coeli und theilt auch die Rede mit, die Ledochowski bei dieser Gelegenheit gehalten hat. Der „Kuryer“ ist nun so vorsichtig, die Stellen der Rede, in denen sich Ledochowski als „Erzbischof“ bezeichnete und von „seinen“ Diözesen sprach, nur durch Punkte anzudeuten. — Ledochowski ertheilte am Schluß der Feierlichkeit den Anwesenden die aus Polen, Franzosen und Italienern bestanden, einen hunderttägigen Ablaß.

r. **Im polnischen Vorschuß-Verein** ist an Stelle des Provinzial-Schulraths a. D., Dr. Milewski, welcher, wie bereits mitgetheilt, vom Fürsten Wilhelm Radziwill zum Generalbevollmächtigten für die Herrschaft Chocieszewice ernannt, und welcher, trotz der ausbedungenen vierteljährlichen Kündigungsfrist, vom Aufsichtsrathe des Vorschußvereines sofort am Montage seiner Verpflichtungen enthoben wurde, vorläufig bis zur nächsten Generalversammlung dem hiesigen Oberstabsarzte a. D., Dr. Buski, bisherigem Mitgliede des Aufsichtsraths, die Leitung der Direktionsgeschäfte übertragen worden. — Wie man hört, hat sich Dr. Milewski, welcher bisher 1000 Thaler Pension und 1000 Thlr. als Direktor des Vorschußvereins bezog, durch die Ernennung zum Generalbevollmächtigten für die Herrschaft Chocieszewice erheblich in seinem Einkommen verbessert, indem er als solcher außer freier Wohnung 2c. 1500 Thlr. Gehalt erhält.

r. **Die Ziegelei zu Junikowo** bei Posen ist nebst 60 Morgen Landes von der Posener Baubank für 135,000 M. an die Baugesellschaft Stammer und Genossen, welchen der Bau der detachirten Forts VII., VIII., IX. bei Posen übertragen ist, verkauft worden. Da zu dieser Ziegelei 2 große Ringöfen nebst 3 Dampfmaschinen gehören, und dort jährlich 8 bis 10 Millionen Ziegel produzirt werden können, überdies die Ziegelei in nächster Nähe der beiden Forts VIII. und IX. (bei Junikowo und Gurczyn) liegt, so wird durch die Erwerbung derselben die Baugesellschaft in den Stand gesetzt werden, alle Schluffsteine, deren sie beim Bau der drei Forts bedarf, während der 4 Baujahre selbst zu produziren; sie wird dadurch unabhängig von den übrigen Schluff-Ziegeleibesitzern in Fabianowo, Jerzyce 2c., welche, wie man hört, sich gegenseitig verpflichtet haben, für den Festungsbau die Ziegeln nur zu einem bestimmten Preise zu liefern. Da jedoch beim Bau der detachirten Forts die Schluffziegeln nur für das Innere der Mauern Verwendung finden dürfen zur Verblendung, zu Pfeilern, Gewölbegurten 2c., dagegen nur Thonsteine verwendet werden sollen, so werden demnach noch viele Millionen Thonsteine erforderlich sein, welche in der Nähe unserer Stadt nur von den Ziegeleien am rechten Ufer der Warthe (Rattaj bis Starolenka) geliefert werden. — Wir bemerken hierbei, daß der Architekt Regendank aus der Direktion der Posener Baubank ausgetreten, und in die Baugesellschaft Stammer und Genossen eingetreten ist. Der Bau der detachirten Forts beginnt, wie uns mitgetheilt wird, am 1. Juli d. J.

r. **Am Alten Markte** sind in der letzten Zeit die beiden Vordergebäude auf den Stadtrath Au'schen Grundstücken abgebrochen worden, und soll im Laufe dieses Sommers dort im Anschluß an den bereits im vorigen Jahre vollendeten Neubau an der Ecke der Jesuiten- und Ziegenstraße ein großer stattlicher Bau von den Bauunternehmern Spiegelberg u. Co. aufgeführt werden.

r. **Verkauf.** Das Rentier Asch'sche Grundstück, Alter Markt 74, ist für 29,000 Thlr. an den Kaufmann Jos. Neugedachter verkauft worden.

§ **Hausfriedensbruch.** Am 15. d. M. drang ein Schlosser in die Wohnung eines auf der Gr. Gerberstraße wohnenden Wirthschaftsbeamten ein und versetzte der Frau des letzteren, angeblich ohne Ursache, mit einem Stück Eisen mehrere Schläge über den Kopf und die Hand, in Folge dessen die Frau erhebliche Verletzungen davongetragen hat.

§ **Diebstähle.** Einem Bewohner der Seminarstraße wurde vor einigen Tagen von seinem Dienstmädchen, welches sich heimlich aus dem Dienste entfernte, ein silberner Leuchter gestohlen. — Einem in der Nähe des alten Bahnhofs wohnenden Kaufmanne wurde am 16. d. M. Abends aus unverschlossener Remise eine Bettdecke und ein Kopfkissen gestohlen.

Pinne, 16. Mai. [Jahrmarkt.] Von dem zahlreichen am heutigen Jahrmarkte hier aufgetriebenen Hornvieh und Pferden wurden nur wenige Stück und zwar zu mittelmäßigen Preisen verkauft. Von ersteren waren namentlich nur Milchkühe gesucht und varürten die Preise zwischen 100 bis 150 M. Die wenigen Pferde wurden von Händlern hiesiger Umgegend nur zur Spekulation gekauft. Getreide war fast gar nicht aufgefahren. Auch der Krammarkt war sehr geschäftslos so, daß manche von den fremden Krämern nicht ein Mal auch ihre Reisekosten verdienten.

Bromberg, 17. Mai. [Gewerbebank. Verschönerungs-Verein. Goldene Hochzeit.] In der gestrigen Generalversammlung der Gewerbebank ist als Kontroleur in Stelle des von hier verzogenen Herrn Bry Herr Gutsbesitzer Hempel gewählt worden. — Durch den hiesigen Verschönerungs-Verein ist der Platz bei der Militär-Hauptwache an der Karmelitergasse, der bisher wüste lag, mit Bewilligung der Militärbehörde mit Sträuchern bepflanzt worden. Auch der Platz an der anderen Seite erhält eine ähnliche Verschönerung. — Gestern feierte der frühere Zieglermeister, jetzige Eigenthümer Gottfried Schülke, mit seiner Ehefrau Dorothea geb. Retz (Neu-Beelitz) das Fest der goldenen Hochzeit. Um 6 Uhr Nachmittags fand in der hiesigen evangelischen Kirche die Einsegnung des noch rüstigen Jubelpaares statt. Das Jubelpaar war vor dem Altar, umgeben von 7 Kindern und 25 Enkeln, außerdem hatten sich Verwandte und Freunde und verschiedene Einwohner der Stadt zu der Feier eingefunden. Die kirchliche Einsegnung erfolgte durch den Konsistorialrath Taube. Nach beendigter kirchlicher Feier begaben sich die Hochzeitsgäste nach der Behausung des Jubelpaares, wo durch ein Tänzchen, in dem der Hochzeiter seine „Alte“ noch gehörig „schwenkte“, das Fest seinen Abschluß fand. (B. Z.)

Schubin, 15. Mai. [Zur Wiese'schen Erbschaft.] Die Wiese'sche Erbschaftsangelegenheit hat auch in unserem Kreise viel Rührigkeit hervorgerufen. Alles was Wiese, Wegner, Briese und Trojahn heißt oder auch nur im dritten Grade davon herstammt, möchte erben und ist dann höchst ungehalten, wenn die amtlichen Tauf- und Trauregister auf ganz andere als auf den Wiese'schen Stammbaum führen. Anderen jedoch, die wohl fest mit Sichherheit die Verwandtschaft nachweisen könnten, reißt plötzlich der Faden für immer entzwei, da in den unruhigen Zeiten von 1795—1814 entweder Kirchenbücher verbrannt oder Eintragungen in dieselben unterlassen sind. Hätte der Erblasser bei Lebzeiten seine Verwandten zur Erbeslegitimation aufgerufen, so würde er gesehen haben, wie groß und weitverbreitet die Zahl seiner Blutsverwandten ist, während er der Meinung gewesen sein soll, daß er vereinsamt und der einzig Ueberlebende aller seiner Verwandten gewesen sei. (B. Z.)

Aus dem Gerichtssaal.

—W— **Posen** 18. Mai. [Schwurgericht.] Heute wurde die Anklage gegen den Maurerlehrling Peter Latuskiewicz verhandelt, welche dahin lautet, daß derselbe am 19. Februar d. J. auf der Dammstraße ein dem Töpfergesellen W. gehöriges Portemonaie mit Geldinhalt und eine Mütze in der Absicht rechtswidriger Zueignung, unter Anwendung von Gewalt gegen die Person des W. weggenommen habe; ein Verbrechen strafbar nach § 249 und 250, Abschnitt 3 des Strafgesetzbuches. Der Angeklagte gesteht ein, das Portemonaie mit Geld in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben, bestreitet aber dabei Gewalt gegen die Person des W. gebraucht zu haben, und läugnet die Wegnahme der Mütze. Die Beweisaufnahme erfolgte daher vorzugsweise in der Richtung, die gegen die Person des Bestohlenen angewandte Gewalt festzustellen, da dieses Moment ein wesentliches Erforderniß für den Begriff des Raubes ist und falls dieser Punkt nicht erwiesen werden konnte, nur ein Diebstahl und kein Raub vorgelegen hätte. Als Hauptbelastungszeuge erschien der Bestohlene selber, welcher angiebt, am Abend des genannten Tages gegen 10 Uhr aus einer Schenke im angetrunkenen Zustande durch die Dammstraße seiner Wohnung zugegangen zu sein, als er plötzlich von einem auf ihn zukommenden Manne, welchen er in der Person des Angeklagten wiedererkennt, einen heftigen Stoß vor die Brust erhalten habe, so daß er zur Erde gefallen. Der Angreifer habe sich darauf über ihn gebeugt und mit der Hand so energisch in seinen zugeknöpften Ueberrock hineingegriffen, daß ein Knopf desselben abgerissen sei, das Portemonaie habe der Angreifer so hastig aus der Tasche hervorgezerrt, daß ein Stück aus dem Futter der Tasche herausgerissen worden sei was er am Morgen darauf bemerkt habe. Als er sich habe aufrichten und dem Angreifer die Beute wieder abnehmen wollen, habe er von demselben einen heftigen Schlag in's Gesicht bekommen. Auf seinen Hilfeschrei sei der davonlaufende Angeklagte von zwei zufällig die Straße passirenden Unteroffizieren und dem hinzugekommenen Nachtwächter angehalten worden, was diese als Zeugen anwesenden Personen bestätigen. In den angegebenen Handlungen des Angeklagten, namentlich in dem heftigen Hineingreifen in den Rock und die Tasche des Bestohlenen, sowie in dem Schlage in's Gesicht findet die Staatsanwaltschaft das wesentliche Erforderniß für die Begriffsbestimmung des Raubes, nämlich die Anwendung der Gewalt gegen die Person. Die Vertheidigung war hauptsächlich darauf gerichtet, die Glaubwürdigkeit des Zeugen W. aus dem Grunde in Frage zu stellen, weil derselbe nach seiner Angabe und den Aussagen verschiedener Zeugen stark betrunken gewesen und also nicht in der Lage sei, zuverlässige Angaben zu machen. Auch macht sie gegen die Ausführungen der Staatsanwaltschaft namentlich das geltend, daß der Schlag in's Gesicht nicht als Anwendung von Gewalt gegen die Person des W. zu dem Zwecke sich des Portemonnaies zu bemächtigen, aufgefaßt werden könne, weil der Angeklagte, als er den Schlag führte, sich bereits im Besitze desselben befunden. Hiergegen replizirte die Staatsanwaltschaft dahin, daß der Angeklagte die Richtigkeit dieser Auffassung vorausgesetzt, trotzdem wegen Raubes zu bestrafen sein würde, da nach § 252 Derjenige, welcher bei einem Diebstahl auf frischer That betroffen, gegen eine Person Gewalt verübt um sich im Besitz des gestohlenen Gutes zu erhalten, gleich einem Räuber zu bestrafen sei. Die Geschwornen bejahten die Frage wegen der Gewaltanwendung und verneinten die auf Antrag der Vertheidigung gestellte Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände, worauf die Staatsanwaltschaft mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schon dreimal wegen Diebstahls bestraft, und seine That eine ungewöhnliche Frechheit verrathe, weil dieselbe noch am Abend, also zu einer Zeit wo auf den Straßen noch viel Verkehr ist, verübt sei, und das Ueberhandnehmen derartiger Raubanfälle die öffentliche Sicherheit im höchsten Grade gefährde, gegen den Angeklagten wegen Straßenraubes nach § 250 Abschnitt 3, eine 7jährige Zuchthausstrafe und Verlust der Ehrenrechte auf gleiche Dauer, sowie Zulässigkeit von Polizeiaufsicht beantragte. Seitens der Vertheidigung wird, weil kein Grund vorliege, über das geringste gesetzliche Strafmaß hinauszugehen, 5jährige Zuchthausstrafe beantragt. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß.

Thorn, 17. Mai. Unsere Leser werden sich der von uns seiner Zeit mitgetheilten Grenzverletzung und Mißhandlung eines russischen Grenzsoldaten durch preußische Unterthanen am 7. Januar d. J. in der Nähe des russischen Grenzortes Rozen, ungefähr ⅛ Meile von dem preußischen Dorfe Pieczenia, erinnern. Jener Vorfall führte hier am 16. Mai den Käthner Eduard Lau aus Pieczenia, den Käthner Heinrich Weinkauf, den Schuhmacher Johann Sablonski, Letztere Beide aus Stanislawowo-Sluszewo, auf die Anklagebank. Lau ist wegen vorsätzlicher Körperverletzung und alle drei sind wegen Widerstandes gegen ein Mitglied der bewaffneten Macht angeklagt. Die 3 Angeklagten wurden von dem russischen Grenzsoldaten Theodor Czusow an dem qu. Tage dabei betroffen, eine von ihnen vermuthlich vorher gefällte Eiche, die mit dem Wipfelende auf preußischem, mit ihrem anderen Theile aber auf russischem Gebiete lag, zu zerkleinern. Die drei Personen standen auf dem Eise des Grenzflüßchens Tonczyna. Czusow wollte denselben der Grenzverletzung überführen, glitt aber, im Begriffe den auf russischer Seite steilen Abhang hinunterzusteigen, aus und fiel auf die Eisdecke der Tonczyna, wobei er sein Gewehr verlor. Während er sich wieder in den Besitz desselben setzen wollte, erhielt er von Lau mit einem Eichenast einen Hieb auf die rechte Seite des Kopfes dicht über der Stirn, der ihn betäubte, Lau hatte sich unterdeß seines Gewehrs bemächtigt. Da die beiden anderen Angeklagten den Lau unterstützten, gelang es Czusow nicht, sein Gewehr zu erhalten, vielmehr wurde er von den drei Personen vollständig auf preußisches Gebiet gezogen und erhielt hier von Lau einen zweiten Hieb mit einer Säge auf den Kopf und einen anderen Hieb auf den rechten Arm. Er fiel zu Boden und es wurden ihm noch mehrere Schläge der Art versetzt, daß der Schnee unter ihm mit Blut besprengt wurde. Erst auf den Zuruf des russischer Seits auf der Anhöhe gerade vorüberreitenden Grenzwachtmeisters Plochotnikow ließen die Angeklagten von Czusow ab. Letzterer wurde derartig verletzt, daß er drei Tage lang das Bett hüten mußte und 14 Tage dienstunfähig war. Die Angeklagten behaupten, von Czusow auf preußischem Gebiete mit dem Bajonnet angegriffen zu sein und sich im Zustande der Nothwehr befunden zu haben. Die Vernehmung des Czusow und des vorhin erwähnten russischen Wachtmeisters, die heute zum Audienztermine erschienen waren, widerlegte indeß ihre Angaben. Gegen Lau wurde auf 2 Monate, gegen Weinkauf und Jablonski auf je 14 Tage Gefängniß erkannt. Die Strafe ist ohne Zweifel eine wohlverdiente, wünschenswerth aber wäre es, daß auch russische Unterthanen, wenn, wie so häufig, der Fall ein umgekehrter ist, in derselben Weise von den russischen Behörden bestraft würden. (Th. Ostd. Ztg.)

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön. Zweiter Theil. Dritter Band. Berlin, Verlag von Franz Duncker. Preis 15 Mark. Der vorliegende, 35 Druckbogen starke dritte Band dieses hochinteressanten Werkes bietet ein für die Geschichte der ersten vier Jahrzente unseres Jahrhunderts geradezu unschätzbares Material. Er enthält zunächst eine vom Jahre 1813 bis zum Dezember 1840 reichende Selbstbiographie Schön's, die naturgemäß zugleich den Gang und die Entwicklung der zeitbewegenden Ereignisse und Fragen — die Freiheitskriege, die Organisationspläne der zwanziger Jahre, den kirchenpolitischen Kampf des nächsten Jahrzehnts, endlich den Beginn der Verfassungsbestrebungen und ihre Bekämpfung durch die vormärzliche preußische Hofkamarilla, vor deren Einfluß Schön zuletzt weichen mußte, — in ihren Bereich zieht. Ausschließlich der letzteren, für die heutige Generation vielleicht interessantesten Periode, gehören die Anlagen, im Wesen eine ausgedehnte Korrespondenz Schön's mit König Friedrich Wilhelm IV., dem Minister von Rochow u. s. w. Aus bisher zum größten Theil nicht zur Veröffentlichung gelangten Briefen und Aktenstücken bestehend, liefert dieser Theil des Werkes für die Geschichte des so bedeutsamen ersten Regierungsjahres des verstorbenen Königs eine Fülle neuer Beiträge, die für die Kenntniß und das Verständniß jener Zeit, ihrer maßgebenden Persönlichkeiten wie ihrer mannigfachen Strömungen und Kämpfe für den Geschichtsforscher wie den Politiker als geradezu unentbehrlich betrachtet werden müssen, die aber zugleich dazu angethan sind, das Interesse der weitesten Kreise zu fesseln. Als Beilage eines Schreibens Schön's an Friedrich Wilhelm IV. erscheint hier auch das Faksimile des Originalkonzeptes von dem berühmten Stein'schen politischen Testament vom 24. November 1808, wie es von Schön entworfen und von seiner Hand niedergeschrieben worden. Die Ausstattung des Buches ist glänzend.

* Aus Halle wird der „Kr. Z.“ berichtet: Der ordentliche Professor der Mathematik und Astronomie an der hiesigen Universität, Dr. August Rosenberger, der durch die Berechnung der Bahn des Halleyschen Kometen seinen wissenschaftlichen Ruf weithin begründet hat, feierte am 13 Mai den seltenen Tag seines 50jährigen Dienstjubiläums. Von dem Kaiser und Könige war dem Jubilar der Rothe Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden, dessen Insignien, zugleich mit dem Glückwunsche des Kultusministers, der Kurator der Universität, Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Rödenbeck überbrachte.

Vermischtes.

* **Berlin,** 16. Mai. Ueber den mit dem Namen „von Goeben“ in den Adelstand versetzten Herrn August Rauchheld (s. amtliche Nachrichten in unsrer Mittagausgabe vom Sonnabend) gehen dem „Tgbl.“ von zuverlässiger Seite nicht uninteressante Mittheilungen zu: Der jetzige kommandirende General des achten Armeecorps, Herr von Goeben, hatte in den fünfziger Jahren einen verheiratheten Privatdiener, Namens Rauchheld, dessen Ehe mit einem Knäblein ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

segnet war. Die Mutter dieses Knäbleins wurde diesem jedoch in seiner zartesten Jugend durch den Tod entrissen, und nahm von Goeben sich des Kleinen liebevoll an, in der Absicht, ihn später zu adoptiren. — Die nunmehrige Erhebung des Rauchheld in den Adelstand unter dem Namen von Goeben scheint eben eine Folge der jetzt erfolgten Adoption zu sein. — Der leibliche Vater des jungen Herrn von Goeben ist seit einigen Jahren Restaurateur in Bochum.

* **Laskersche Rede-Statistik.** Es geht doch nichts über interessante Statistik! So schreibt kürzlich die „D.-E. Z." über die Laskersche Parlamentsthätigkeit: „Seitdem Lasker im Jahre 1865 die Parlamentsbühne betreten, hat er am Dönhofsplatze und am anderen Ende der Leipzigerstraße im Ganzen 927,745,328 Worte gesprochen, 1541 mal so viel Worte, als das ganze alte Testament (ex. Apokryphen) enthält, oder 422 mal so viel, als Göthe geschrieben, oder 3912 mal so viel als Cicero in den von ihm aufbewahrten Reden gesprochen. Wenn man Laskers sämmtliche in den verschiedenen Parlamenten gesprochenen Worte hintereinander auf einen Streifen schriebe, so würde dieser mehr als nenn Mal um die Erde reichen, d. h. neun Mal von Berlin aus über den Atlantischen Ocean, Amerika, den Stillen Ocean, Japan, Asien, Jerusalem bis wieder Berlin reichen." „Spricht Lasker nur noch zwei Drittel einer Legislatur-Periode so fort wie bisher, so reicht der Streifen vom Dönhofsplatz bis an den Mond." „Anträge und Amendements hat Lasker im Ganzen 7344 gestellt, wovon 7211 angenommen sind. An Bravos verzeichnen die stenographischen Berichte nicht weniger als 11.874 in nur 11 Jahren! Darunter stürmische Bravos 459. Zur Ordnung ist er einmal gerufen," „Die 927,745,328 Worte Laskers vertheilen sich auf 866,194 Reden und 14,312 persönliche Bemerkungen. Davon beziehen sich 44,912 Reden auf das Budget- und Finanzwesen, 1953 Reden auf das Strafgesetzbuch, 289 auf auf den Kulturkampf, 31 auf den Gründungsschwindel u. s. w."

* **Tilsit**, 16. Mai. Als Urheber des vor einiger Zeit in Tilsit begangenen beträchtlichen Postdiebstahls sind der „T. Z." zufolge der Postillon, der damals die Post führte, und ein Dragoner verhaftet. Veranlassung zur Entdeckung der Thäter sollen die unverhältnißmäßigen Ausgaben des Postillons gewesen sein. Wie der Diebstahl ausgeführt ist, darüber wird wohl die Untersuchung das nöthige Licht verbreiten, indeß ist anzunehmen, daß der Postillon, welcher damals den betreffenden Transport nach dem Bahnhof gefahren, auf dem Bahnhof beim Ausladen einen Moment, als er sich unbeaufsichtigt sah, benutzt hat, um den Geldsack seinem Helfershelfer, einem anwesenden Dragoner, heimlich zuzustecken, und daß dieser sich dann mit seiner Beute schleunigst aus dem Staube gemacht hat. Auf den Postillion hat sich anfangs deshalb der Verdacht nicht lenken können, weil derselbe die ganze Zeit über — auch als das Fehlen des Beutels bereits bemerkt war — nicht seine Pferde und seinen Wagen hat verlassen dürfen.

* **Swinemünde**, 15. Mai. Das englische Schrauben-Dampfschiff „Fatfield", Kapt. L. Hall, aus London, wollte gestern Morgen mit einem Lootsen an Bord in See gehen, als der auf der Kommandobrücke stehende Kapitän durch irgend eine verdächtige Erscheinung gewahrte, daß in der Maschine etwas nicht in Ordnung sei. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Kessel ganz rothglühend waren. Die betrunkene Maschinenmannschaft hatte geheizt, ohne das nöthige Wasser im Kessel zu haben und wurde nur wie durch ein Wunder eine Kesselexplosion mit allen ihren entsetzlichen Folgen verhindert. Die Kessel und viele Maschinentheile sind so stark beschädigt, daß noch bis jetzt mit allen möglichen Mitteln reparirt wird, um das Schiff zur Fahrt nach Riga in vorläufigen Stand zu setzen. (Ostſ.-Ztg.)

* **Glogau**, 16. Mai. Das königl. katholische Gymnasium begeht am 19. und 20. d. die Jubelfeier seines 250jährigen Bestehens. Das Programm ist wie folgt festgesetzt. Am 19. Abends findet im Stadttheater die Aufführung der Sophokles'schen Antigone mit den Mendelssohn'schen Chören statt; am Morgen des 20. ein Festgottesdienst in der Gymnasialkirche, hierauf ein Fest- und Redeakt in dem Weißen Saale des Rathhauses, um 3 Uhr Nachmittags das Festdiner ebendaselbst. Während des Diners werden sechs offizielle Toaste ausgebracht; der erste von dem anwesenden Kultusminister auf den Kaiser, der zweite vom Landrath v. Jagwitz, einem früheren Schüler des Gymnasiums, auf den Kultusminister, der darauf folgende vom fürstbischöfl. Kommissar Kurtz aus Schlawa auf die Jubilarin u. s. w. Um 6 Uhr Abends versammeln sich die Festgenossen in den Räumlichkeiten von Friedensthal zu einem geselligen Zusammensein. Während des Festaktes im weißen Saale werden die Gratulationen seitens der Deputationen der Gymnasien entgegengenommen. Das hiesige evangelische Gymnasium überreicht eine Beglückwünschung in lateinischer Sprache in Form eines Diploms. — Das königl. katholische Gymnasium hat in Veranlassung der Jubelfeier ein ebenso sinniges wie werthvolles Geschenk erhalten, welches die Aula der Anstalt ziert. Das Geschenk ist eine Gedenktafel, bestehend aus einer 5 Fuß hohen Platte von Priebomer dunklem Marmor, auf welcher sich folgende vergoldete Inschrift befindet: „Von früheren Schülern des Gymnasiums starben den Heldentod für König und Vaterland

1866: Pr.-Lieut. Georg Wendt (bei Nachod), Pr.-Lieut. Paul Skopp (bei Gitschin), Einj.-Freiw. Leopold Hirschberg (bei Chlum).

1870—71: Pr.-Lieut. Paul Sattig (bei Wörth), Lieut. Max von Schönitz (bei le Bouget), Lieut. Karl Kirsch (bei Wörth), Lieut. Paul v. Nowag-Seling (bei Wörth), Port.-Fähnr. Fritz v. Brixen (bei le Bourget), Ref.-Lieut. Joseph Zelasko (bei Wörth), Vize-Feldw. Emil Niklaus (bei Beaumont), Vize-Feldw. Otto Stöhr (bei Wörth), Unteroffizier Max Palaski (bei Wörth), Einj.-Freiw. Ferd. Mailand (bei Paris), Einj.-Freiw. Martin Fischer (bei Wörth), Einj.-Freiw. Emanuel Jänsch (bei Paris), Arzt Dr. Roger Zivleski (bei Metz), Lieut. u. Adjut. Herm. Amecke (den Strapazen des Krieges erlegen)."

Die Gedenktafel befindet sich in einer Sandsteinfassung, in deren oberem Theil das eiserne Kreuz im Lorbeerkranz ausgeführt ist. Das Ganze ist 7 Fuß groß, von dem Bildhauer Adam in Glogau sehr geschmackvoll gearbeitet und von dem hiesigen Kaufmann Isidor Moll zum Andenken an die Jubiläums-Feier überwiesen.

* **Breslau**, 15. Mai. Der „alte Prawit", als Sänger und Schauspieler eine der populärsten Persönlichkeiten Breslau's feierte heute sein fünfzigjähriges Künstler-Jubiläum. Vierzig Jahre seiner Bühnenthätigkeit fallen auf Breslau, dessen Stadttheater er bis auf diesen Tag treu geblieben ist. Heute fand daselbst eine Festvorstellung der „Zauberflöte" statt, und der Jubilar sang seine Lieblingsrolle, den „Sarostro." Das Haus war überfüllt, und große Ehrenbezeugungen wurden dem Gefeierten zu Theil.

* **Hochheim**, 8. Mai. Bei der heutigen Weinversteigerung eines hiesigen Gutsbesitzers, wurden die Weine das Stück zu 1200, das Halbstück zu 600 Liter ohne Faß ausgeboten. Es wurden verkauft: 12 Stück 1874er Hochheimer per Stück zu 565, 610, 640, 780, 810, 920, 1060, 1040, 1070, 1360, 1130, 1450 M.; 14 Halbstück 1874er Hochheimer per Halbstück zu 500, 560, 750, 790, 830, 950, 1000, 1010, 910, 1200, 1230, 1480, 1800 M.; 6 Halbstück wurden zurückgezogen, für 2 Halbstück 1868er wurden erlöst M. 1110 und 1570, 2 Halbstück sind für das Gebot M. 2000 u. 1400 wieder zurückgenommen worden.

* **Köln.** [Vegetarianer-Kongreß.] Der diesjährige Vereinstag des „deutschen Vereins für naturgemäße Lebensweise" findet am 7. Juni hierselbst statt. Auf der Tagesordnung stehen auch Anträge auf Aenderung der Statuten. Nach diesen soll der § 1 des Vereinsstatuts folgende neue Fassung erhalten: Der Zweck des Vereins 1) die Erkenntniß zu veranschaulichen und zu verbreiten, daß der Mensch seinem Wesen nach angewiesen ist, von unmittelbaren Erzeugnissen der Natur seine Ernährung zu bewirken, wogegen es seine Sittlichkeit beeinträchtigt, wenn er seinem natürlichen Gefühl zuwider sein Dasein durch den Tod seiner harmlosen Mitgeschöpfe vermittelt; 2) im Zusammenhange hiermit, durch Erfahrung und Wissenschaft nachzuweisen, wie durch die vorerwähnte menschenwürdige Ernährungsweise, sowie durch Selbstthätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitspflege auch die geistige und leibliche Gesundheit und Wohlfahrt wesentlich gefördert wird. — Ein weiterer Antrag geht dahin, die Vereinsmitglieder aufzufordern, sich an einer Aktienzeichnung zur Gründung einer vegetarianischen Heilanstalt im Harze zu betheiligen. — Für die Abendversammlung sind Seitens der Herren H. Reiß aus Erlangen und Eduard Baltzer-Nordhausen öffentliche Vorträge zugesagt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 18. Mai. Das Herrenhaus genehmigte die Reichseisenbahnvorlage nach längerer Debatte in erster Berathung bei Namensaufruf mit 57 gegen 26 Stimmen. Bei der Generaldiskussion betonte der Handelsminister, daß es sich nicht um die Beseitigung sämmtlicher Privatbahnen, sondern um die Erwerbung dominirender Linien für das Reich und um Wirksammachung der Aufsichtsrechte des Reichs in Bahnsachen handle. Fürst Bismarck widerlegte die einzelnen von gegnerischen Rednern vorgebrachten Einwendungen, und wies namentlich die Behauptung zurück, daß die Vorlage eine Aenderung der Reichsverfassung involvire. Das Reich besitze bereits ein großes Eisenbahnnetz; dieser Besitz und dessen Verwaltung beruhten auf von der Verfassung eingeräumten Befugnissen. Fürst Bismarck versicherte schließlich, durch die Beschlüsse des Landtags solle keine Pression auf den Bundesrath und Reichstag ausgeübt werden.

— Die Erörterungen, welche Anlaß zu dem Gerücht vom Rücktritt Camphausen's gaben, fanden allerseits eine befriedigende Erledigung. Man versichert, daß dieselben keine handelspolitische Frage betrafen. Der „Nationalzeitung" zufolge bezogen sich die Erörterungen auf das Verhältniß zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung und schlossen sich an die durch die Neubesetzung des Postens des Reichskanzleramtspräsidenten gegebene Lage an. Beschlossen sei, daß Hofmann gleichzeitig zum preußischen Staatsminister ernannt werde mit eventueller Vertretung des Reichskanzlers in preußischer Stimmführung. Auch Staatssekretär v. Bülow werde zum preußischen Staatsminister ernannt werden. Hierüber sei im Schooße des Staatsministeriums Uebereinstimmung erzielt worden. — Der „Reichsanzeiger" schreibt, von der gerüchtweise verlauteten weiteren Ermordung von Deutschen in der Türkei sei an amtlicher Stelle Nichts bekannt, namentlich lägen vom Konsul Gillet direkte telegraphische Mittheilungen aus Salonichi bis zum 16. Mai vor. Die neuesten Telegramme der deutschen Botschaft in Konstantinopel erwähnten Nichts von der Ermordung des Direktors der rumelischen Bahnen Kuhlmann oder anderer deutscher Bahnbeamten und anderer deutscher Staatsangehörigen in der Türkei.

Pest, 18. Mai. Der Kaiser empfing die Delegationen und beantwortete die Ansprachen des Präsidenten mit einer Rede, worin er hervorhob, die Ereignisse im Oriente hätten, wie bei den befreundeten Herrschern der beiden großen Nachbarstaaten, auch bei ihm nun den Entschluß befestigt, das Verhältniß zwischen den drei Reichen zu einem noch näheren, innigeren zu gestalten. Er erwarte hievon und von dem Zusammenwirken der übrigen befreundeten europäischen Großstaaten zuversichtlich die Erhaltung des europäischen Friedens, und er hoffe, die Bestrebungen der Mächte, die Pforte in der Pazifizirung der insurgirten Provinzen zu unterstützen, würden nicht erfolglos bleiben. In den für die Delegationen bestimmten Vorlagen sei man bestrebt gewesen, alle Anforderungen auszuschließen, welche nicht durch die Rücksicht auf Wehrkraft der Monarchie geboten erschienen.

Konstantinopel, 18. Mai. Djevdet Pascha ist zum Unterrichtsminister, Vely Pascha zum Gouverneur von Brussa ernannt. Ali Pascha bleibt Gouverneur in der Herzegowina.

Im Namen des Königs.

In der Untersuchungssache
wider
den Redakteur **Victor Stawinski** von hier
hat das Königliche Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Strafsachen in seiner Sitzung vom 29. April 1876, an welcher folgende Richter Theil genommen haben:
1) der Kreisgerichtsrath Groß als Vorsitzender,
2) der Kreisrichter Wernecke } als Beisitzer,
3) der Gerichtsassessor Mende } als Beisitzer,
auf Grund der unter Zuziehung
1) des Staatsanwalts Heinemann,
2) des Gerichtsschreibers Referendar Lehr,
3) des Dolmetschers Jasielski,
erfolgten öffentlichen mündlichen Verhandlung
für Recht erkannt:
daß der Angeklagte Redakteur Victor Stawinski von hier der öffentlichen, in einer Zeitung begangenen Beleidigung schuldig, deshalb mit einer Geldstrafe von 100 (Einhundert) Mark event. 10 Tagen Gefängniß zu bestrafen, dem Beleidigten Propst Kick in Kähme die Befugniß zuzusprechen, innerhalb vier Wochen nach Empfang einer Ausfertigung des rechtskräftigen Erkenntnisses den verfügenden Theil desselben einmal in der Posener Zeitung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen, die Unbrauchbarmachung des Artikels: „Poznań 24 marca Walka rządu z Kościołem" bis „chrónmy się pokusy" der Nr. 37 des „Orędownik", Seite 1, Spalte 1, in allen vorfindlichen Exemplaren sowie der zu seiner Herstellung bestimmten Formen und Platten auszusprechen, dem Angeklagten endlich auch die Kosten der Untersuchung aufzuerlegen.
Von Rechts Wegen.

Bei unserer Stadt-Haupt-Kasse ist die Stelle eines Assistenten, welcher hauptsächlich bei der Veranlagung und Erhebung der Staats-Steuern beschäftigt wird und namentlich in Klassensteuersachen routinirt sein muß, sofort zu besetzen. Gehalt 1200 Mark, Kaution 1500 Mark. Meldungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und der Zeugnisse wird entgegengesehen.

Anclam, den 13. Mai 1876.

Der Magistrat.

Subhastations-Patent.

Das in **Padniewko**, Kreis Mogilno, sub Nr. 2 belegene, den Eigenthümer **Mathaeus** und **Marianna** geb. **Kwaśny-Kominiarek**schen Eheleuten gehörige Grundstück soll im Termine

den 14. August 1876,
Vormittags 8 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertrage von 64,74 Thlr. und einem Nutzungswerthe von 75 Mark zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enhält an Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 19 Hektar 35 Ar 90 □Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen, können in unserem Bureau III. während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termine

den 16. August 1876,
Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Tremessen, den 9. Mai 1876.

Königl. Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.
Der Subhastationsrichter.

Subhastations-Patent.

Das dem Eigenthümer Franz Ajankowski gehörige, in **Niestronno**, Kreis Mogilno, sub **Nr. 10** belegene Grundstück soll im Termine

den 14. August 1876,
Vormittags 9 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertrage von 42,84 Thlr. und mit einem Nutzungswerthe von 87 Mark zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthält an Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 11 Hektar 53 Ar 70 □Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau III. während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termine

den 16. August 1876,
Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Tremessen, den 9. Mai 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.
Der Subhastations-Richter.

Dienstag,
den 23. d. Mts.,
Vormittags 11½ Uhr,

wird in Rogasen der öffentliche Verkauf eines zum Gendarmerie-Dienst nicht mehr geeigneten Pferdes stattfinden.

Kommando des Distrikts Posen, der 5. Gendarmerie-Brigade.

Mein in Rogasen am neuen Markte gelegenes Grundstück, nebst 100 Morgen Acker, inkl. Wiesen, wie vollständige Aussaat und Inventarium, bin ich Willens, aus freier Hand zu verkaufen, das Land liegt zwischen der Stadt und dem neu zu bauenden Bahnhofe, auch ist hier ein königl. Gymnasium und höhere Töchterschule.

Alexander Drechsler.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Fraustädter Kreise belegene adelige Rittergut **Neu-Gaerte**, zu dem das Gut **Priebisch** gehört, in dessen Grundbuchblatt der Rittergutsbesitzer Dr Bethel Henry Strousberg zu Berlin als Eigenthümer eingetragen ist, welches als Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 172 Hektar 71 Ar 60 Quadrat-Meter und 578 Hektar 22 Ar 40 Quadrat-Meter enthält und zur Grundsteuer mit 707 62 Thlr. und 1647,28 Thlr. Reinertrag, zur Gebäudesteuer mit 138 Mark und 483 Mark Nutzungswerth veranlagt ist, soll Zwecks Zwangsvollstreckung

am 6. September 1876,
Vormittags 10 Uhr,

an der Gerichtsstelle hierselbst (Zimmer Nr. 15) in nothwendiger Subhastation versteigert werden.

Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, sonstige dieses Rittergut betreffende Nachweisungen und etwaige besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau III. eingesehen werden.

Alle, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordet, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termin

am 7. September 1876,
Mittags 12 Uhr,

an selbiger Stelle verkündet werden.

Lissa den 15. Mai 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Ortschaft Plawce, Schrodaer Kreises belegene, im Hypothekenbuche derselben unter Nr. 1 Vol. 43, Pag. 385 seqq. eingetragene, dem **Friedrich Gotthilf Heickerodt** gehörige Gut, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 223 Hektaren 62 Aren 40 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 1044,74 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 189 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der **nothwendigen Subhastation**

den 12. Juli d. J.
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Königlich. Kreis-Gerichts-Zimmer Nr. 3 versteigert werden.

Schroda, den 29. März 1876.

Königl. Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.

Mein Hotel,

welches hierorts am Markte gelegen und comfortabel eingerichtet ist, beabsichtige ich, Familienverhältnisse wegen unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Reflectanten wollen sich gefälligst persönlich an mich wenden.

Grätz, im Mai 1876.

S. Kutzner,
Hotelbesitzer.

Meine Landwirthschaft,

130 Morgen, mit schönen massiven Gebäuden, Inventar und Aussaat, ¾ Ml. v. Posen dicht an der Haltestelle Zabikowo, **will ich umständehalber sogleich** verkaufen. — Anzahlung 2500 Thlr. — Ein Thonlager zur Anlage einer größeren Ziegelei ist vorhanden. Auskunft beim Besitzer Post-Secretair **Franck.**

Ein Kapital von
3000 Thalern
habe ich zu vergeben.

Tschuschke,
Justiz-Rath.

Schützenstr. 19.

Kleine Wohnung von 3 Stuben in der IV. Etage zu vermiethen.

Ein großer Laden mit angrenzender Wohnung, worin seit vielen Jahren ein Materialgeschäft betrieben wird, ist vom 1. Oktober d. J. zu verm. Näh. Breitestr. 6 beim Wirth.

„Friedrich Wilhelm"
Preußische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.

Grundkapital	Reichsmark	3,000,000
Reserven am Schluß des Jahres 1875	"	3,587,600.
Versicherungsbestand am Schluß des Jahres 1875	"	39,030 600.
Versicherte Renten	"	78 960.
Seit Eröffnung des Geschäfts bis Ende 1875 bezahlte Versicherungs-Summen . . .	"	2,883,000
Im Jahre 1875 gingen an Prämien ein	"	1,266 490.

Die Gesellschaft schließt Versicherungen auf das menschliche Leben in allen gewünschten Formen gegen mäßige und feste Prämien ab, insbesondere:

Versicherungen auf den Todesfall,
Leibrenten- und Pensions Versicherungen,
Alterversorgungs- und Aussteuer-Versicherungen.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung empfiehlt sich die unterzeichnete General-Agentur zum Abschluß von Versicherungen und ist zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft gern bereit.

Albrecht Guttmann.

Posen, den 16 Mai 1876.

Die ersten neuen engl. Matjes-Heringe sowie neue Lissaboner Kartoffeln empfing

A. Cichowicz.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie,
zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der fünften Klasse am 14. Juni 1876.

Haupt-Gewinne der fünften Klasse:

1 Mobiliar von Nußholz mit Schnitzwerk, nämlich: 1 Pianoforte, 1 Pianofortebock, 1 Sofatisch, 1 Notenschrank, 2 Setztische, 1 Sopha mit Velourbezug, 2 Lehnstühle dto., 6 Stühle dto., 1 Teppich **1 Mobiliar** von Nußholz, zu einem Schlafzimmer mit Schnitzwerk, nämlich: 1 Garderobeschrank, 1 Toilette mit Spiegelaufsatz, 1 gepolsterter Sessel, 2 Bettstellen mit Sprungfedern, Krollhaarmatratzen, Pfühl und Kissen, 2 Nachtschränke, 2 Rohrsessel, 2 Kommoden, 2 Bettvorleger. **1 Mobiliar** von Nußholz, nämlich: 1 Sopha mit Velourbezug, 6 Stühle, 1 Sophatisch, 1 Sophateppich. **1 Palissander-Pianoforte**, aufrechtstehend. **1 Pianofortebock. 1 Palissander-Pianoforte, 1 Pianofortebock. 1 Mobiliar** von Mahagoni, nämlich: 1 Sophatisch, 6 Stühle mit Satinbezug, 1 Sopha do **1 Schreibsekretair** von Mahagoni **12 silberne** (Gehalt 750 Gr.) **Forken** in Etui, **12 silberne** (Gehalt 750 Gr.) **Eßlöffel** in Etui. **1 Lehnsessel** von Eichenholz, mit Schnitzwerk und Seidencotelainebezug **1 goldene** (14karätige) **Herren-Ancre Uhr**, am Knopfe aufzuziehen. **1 Stück** (ca. 88 Ctm. breites) **Hausmacherleinen 1 Regulator miniature** mit Schlagwerk und Federzug. **12 Stück Silber vergoldete Kaffeelöffel** in Etui **1 Satz Damast Gedeck**, ca $^{166}/_{162} \times ^{320}/_{336}$ mit 12 Servietten. **1 Sophateppich. 1 Kaminstuhl** von Eichenholz mit Schnitzwerk. **1 Servirtisch** von Eichenholz mit Schnitzwerk **1 Reise-necessaire. 1 Perspectiv** mit 12 Gläsern. **2 silberne Eßlöffel.**

Die Erneuerung der Loose zur V. Klasse muß bei Verlust des Anrechts bis spätestens den 4. Juni 1876 Abends 7 Uhr erfolgen.

Preis der Erneuerungs-Loose 3 Mark, Bestellungen auf Kaufloose à 9 Mark nimmt schon jetzt entgegen die Expedition der **Posener Zeitung**.

Die aus sechs Stuben nebst Beigelaß bestehende Wohnung Kl. Ritterstraße Nr. 2, Hochparterre, ist sofort oder zum 1. Juli zu vermiethen. Das Nähere bei der Wirthin im Souterrain.

Ein unverheiratheter energischer **Inspector**, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, welcher durchaus zuverlässig, tüchtig und gut empfohlen ist, wird zur selbstständigen Ausführung und Leitung der Wirthschaft zum 1. Juli gesucht. Gehalt bei fr. Station 5 — 600 Mark. Offerten unter **K. 1000** postlagernd **Kuklinow.**

Stabschläger finden dauernde Beschäftigung bei

M. Löwenbach, Samter.

Eine Wirthin

für ein kleineres Landgut wird gesucht. **Loslonki**, Kreis Birnbaum, p. Zirke.

Ein erfahrener

Brennerei-Verwalter,

der als solcher achtzehn Jahre fungirt, die besten Empfehlungen zur Seite hat, Viele zu den tüchtigsten Brennern ausgebildet, mit Maschinerie u. sämmtlichen neuesten Maisch- u. Brennapparaten vertraut, die besten Einrichtungen von Brennereien sind ihm bekannt, die Landwirthschaft ist ihm nicht unbekannt, etwas der polnischen Sprache mächtig, wünscht im Herzogthum Posen Stellung zum 1. Juli oder auch früher. Offerten bitte unter Adr. **A. Roesner**, Krummensee bei Peterswalde in Westpreußen einzusenden.

Zwei Lehrlinge sucht das Barbiergeschäft von **A. Jarofki**, Wronkerstraße Nr. 4.

Ich suche zum 1. Juli ein

Stubenmädchen,

das mit der Wäsche und Nähen Bescheid weiß.

Gr. Slupia b. Schroda.

E. Schemmann.

Ein junges anst. Mädchen von außerhalb wird für ein hiesiges Fleischwaaren-Geschäft gesucht. Näh. in der Exped. d. Pos. Ztg.

Ein Wirthschafts-Fräulein u. tüchtige **Landwirthinnen** zu haben durch

Anders-Nietrzepkowska
Wasserstraße Nr. 22.

Ein mit **Kataster**arbeiten vertr. Mann, der vor Kurzem das Feldmesserexamen abgelegt hat, wünscht bei einem Kataster-Kontroleur resp. Feldmesser in Engagement zu treten. Um gef. Angabe d. Beding. w geb. Adr. **O. Friedrich**, Xions.

Ein **Revier-Jäger** und Gärtner, unverheirathet, sucht z. 1. Juli d. J. Stellung unter Chiffr. **C. H. S.** in Reppen, b. Frankfurt a. O.

Ein verheiratheter Landwirth, 40 Jahre alt, noch in Stellung, der selbstständig Güter verwaltet, deutsch und polnisch spricht, wünscht zum 1. Juli c Stellung Offerten erbeten unter J. D. Kruschwitz.

Ein Forstmann

mit gut. Zeugniß sucht bald Stellung in Polen. Näheres durch die Exped. d Zeit.

Ein Commis, Eisenhändler, mit sämmtl. Comtoirarbeiten betraut und der poln. Sprache mächtig, sucht per 1. Juli c Stellung. Gefl. Off ersuche unter A. B. 76 postl. Beuthen Oberschlesien niederzulegen.

Ein verheiratheter, kautionsfähiger

Landwirth,

20 Jahr beim Fach, der meistens in größeren, mit techn Gewerbe versehenen Wirthschaften mit bestem Erfolge thätig gewesen sucht wegen Verkaufs seines nur kurze Zeit besessenen Gutes zu sofort oder Johanni d J. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten bitte unter **H. W. 10.** an die Exped. der Zeitung einzusenden.

Ein unverheiratheter

Landwirth,

17 Jahre beim Fach, in den renommirtesten Wirthschaften der Provinz thätig gewesen, in Stell. als erster Beamter auf einer großen Besitzung, sucht z. 1. Juli ein selbst. Engagement. Off. unter A. B. 3 bitte an die Exp. d. Posener Zeitung zu richten.

Ein in jeder Beziehung der Häuslichkeit gewandtes Fräulein, wünscht Stellung als Stütze der Hausfrau oder auch als selbstst. Näheres unter **A. B 100**, der Exped. dieses Blattes.

Ernster Heirathsantrag.

Ein junger Mann, 31 Jahre alt, kath, im Besitze eines flotten Geschäfts in Breslau, wünscht sich baldigst zu verheirathen. Junge Damen oder Wittwen, nicht über 25 Jahre, die Sinn für Häuslichkeit haben und einiges Vermögen besitzen, belieben ihre Adresse, womöglich mit Photographie, vertrauensvoll bis zum 27. d. M. unter U 44 in der Exped. d. Z. niederzulegen. Anonym bleibt unberücksichtigt. Größte Verschwiegenheit Ehrensache.

Die Eröffnung des Gartenlokals zeigen ergebenst an

den 18. Mai 1876

J. P. Beely & Co.

Handwerker-Verein.
Sonnabend den 20. Mai,
Nachmittags 4 Uhr,
im Feldschloßgarten:

Erstes Sommerfest.

Programm.

1) Großes Garten-Konzert.
2) Scheibenschießen für Damen mit Prämienvertheilung.
3) Spiele (Hahnenschlag 2c. 2c.)
4) Tanz im großen Saal.

Die Zwischenpausen der Tänze werden durch komische Vorträge 2c. 2c. ausgefüllt.

Entrée nur an der Kasse:
für Mitgl. inkl. Fam. 25 Pf.
für eingeführte Gäste 1 Mark.

Um zahlreiche Betheiligung wird gebeten.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung ihrer Tochter **Ida** mit dem Kaufmann Herrn **Emil Brumme** beehren sich hiermit ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 18. Mai 1876.

Friedrich Roeschke
und Frau.

Heute Morgen 6¼ Uhr entschlief sanft nach kurzem aber schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte und unser Vater, der Lohndiener u. Gärtner **August Meyfarth**, in noch nicht vollendetem 51. Lebensjahre. Um stille Theilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 20. d. M., Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Wilhelmsstraße 13, statt.

Am heutigen Tage starb nach längerem Leiden der Königliche Kreisgerichts-Director Herr

Eduard Mitschke,

nachdem er mehr als 22 Jahre dem hiesigen Kreisgerichte vorgestanden hatte.

Seine hervorragende Begabung als Richter, seine Pflichttreue als Beamter, seine Herzensgüte und sein vortrefflicher Charakter sichern ihm ein dauerndes ehrenvolles Andenken

Meseritz, am 16. Mai 1876.

Die Richter, der Staatsanwalt, die Rechtsanwälte und die Beamten des Königlichen Kreisgerichts zu Meseritz.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Emilie Händschke mit Herrn Thierarzt Paul Heyne in Poln. Lissa. Frl. Helene v. Münchhausen mit Herrn Aemil Bicker in Rinteln a. W. Frl. Elise Steudener mit Predigtamts-Candidaten Julius Bath in Wustrau.

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Duncker in Stregow b. Parlowkrug. Herrn Major Scheibert in Küstrin. Kammerherrn und Legationsrath a. D Otto Graf zu Rantzau-Rohlstorff in Pronstorf in Holstein. Hrn. Karl Schütze in Berlin. Hrn. W. Katterschafka in Berlin. Hrn. Fritz Lorenz in Neustadt E.-W. Hrn. Robert Großkopf in Mittel-Mühle bei Neustadt E.-W. — Eine Tochter: Hauptmann Hans von Wartenberg in Angermünde. Hauptmann Dziobek in Saarlouis Lieuten. v. Fischer Treuenfeld in Jauer. Hrn. H. Meißner in Berlin.

Gestorben: Herr Pastor Karl Reeder in Wismar bei Straßburg U.-M. Frau Amalie Wilhelmine Schulz, geb. Schimmelfennig v. d. Oie in Bromberg. Freiherr Wilhelm von Biel in Zierow. Hrn Erich von Tiedemann Sohn Emil in Kranz Verw Frau Oberprediger Weber, geb Maizier in Ilsenburg am Harz. Frau Superintendent Jettli Wiegmann, geb. Steffann in Volmarstein a. d. Ruhr. Postdirektor a. D. Carl Eduard Prölß in Mörs. Frau Catharina van Hees, geb. Roesberg in Bonn. Wasserbau-Inspektor a. D. D. A. v. Horn in Osnabrück. Carl Wilhelm Gerstenberg in Colberg.

Interims-Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 18. Mai 1876:
Der Goldonkel.
Große Posse mit Gesang von Emil Pohl.

Um einem vielfach ausgesprochenen Wunsche des Publikums entgegenzukommen, sieht sich die unterzeichnete Direktion veranlaßt, vom 19. d. Mts. ab die 1. Ranglogensitze den Parquetsitzen im Preise gleich zu stellen, also den Logensitz mit 1 Mark 50 Pf. zu verkaufen.

Die Direktion.

Interims-Theater
(Königsstraße 18).

Freitag den 19. Mai 1876:
Des Nächsten Hausfrau.
Original-Lustspiel in 3 Akten von J. Rosen.

Zum Schluß:
Ein Stündchen auf dem Comptoir.
Posse mit Gesang in 1 Akt v. Haber.

Sonnabend den 20. Mai:
Blaubart.
Parodistische Oper in 4 Akten von Offenbach.

Billets für 1. Rang-Balcon, 1. Rang-Loge und Sperrsitz à 1 Mark, Seitenloge, Sperrsitz-Stehplatz und Gymnasiastenbillets à 75 Pf. und Parterre à 50 Pf sind schon am Freitag an den betr. Verkaufsstellen zu haben.

Sonntag den 21. Mai:
Drei Paar Schuhe.
Posse mit Gesang in 3 Akten von Görlitz.

Carl Schaefer.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.